

Kletteraktivist beim G8-Gipfel in Evian abgestürzt

Während der Protestaktionen gegen den G8-Gipfel in Evian ist am 1. Juni bei einer Straßenblockade der britische Aktivist Martin Shaw 25 m tief in einen Fluss gestürzt, nachdem ein Polizist das Seil zerschnitten hatte, an dem er hing. Er liegt schwer verletzt im Krankenhaus in Lausanne, ist aber auf dem Wege der Besserung.

Die Gruppe hatte eine Autobahnbrücke über den Fluss Aubonne auf der Autobahnstrecke blockiert, um den Konvoi mit den G8-Delegierten zu stoppen. Dabei blockierten sie nur die eine Fahrspur. Nachdem der Verkehr gestoppt und die Brücke damit gesichert war, spannten sie ein Spezialkletterseil über die Autobahn und wickelten es zweimal (gegen die Reibung mit einer Isomatte isoliert) um die Seitenbegrenzung. An beiden Enden seilte sich ein Kletterer ab, so dass sie unter der Brücke hingen und sich gegenseitig ausbalancierten. Das Seil wurde mit bunten Stoffetzen markiert und mehrere AktivistInnen standen mit Transparenten auf der Strasse und erklärten den AutofahrerInnen die Situation. Die Transparente trugen die Aufschriften "Vous arrêtez ici ou vous tuez deux personnes" (Halten Sie hier oder sie töten zwei Personen) und "Ne tirez pas" (Nicht schießen). Beide KlettererInnen hatten zudem noch UnterstützerInnen direkt am Seil und unten im Tal. Einige AutofahrerInnen wurden wütend und einer versuchte sogar, die Brücke zu passieren, aber im Grunde hatte die Gruppe bis zum Eintreffen der Polizei die Situation unter Kontrolle.

„Die Polizei erschien sehr schnell und versuchte, uns von der Strasse zu kriegen. Die Polizei versuchte, unsere Linie zu durchbrechen und war sehr aggressiv. Sie wollten uns nicht zuhören, als wir zu erklären versuchten, was geschieht und schien nur daran interessiert, den Verkehr durchzulassen. Sie zerriss unser Warntransparent und nahm uns die Hälfte davon weg. Um sie zu bremsen, legten wir uns auf die Strasse und nachdem sie uns weggetragen hatten, rannnten wir die Strasse rauf in Richtung Seil.“ (Übersetzung eines Berichts irischer Augenzeugen auf indymedia.ch) Anstatt (wie von den AktivistInnen erwartet) auf das

Eintreffen von Spezialkräften zu warten, "löste" die anwesende Militärpolizei das Problem selber: Nachdem sie zunächst das



Seil angehoben hatten, um den Verkehr darunter durch fahren zu lassen, schnitt ein Polizist es schliesslich durch. Martin stürzte in den Fluss, das andere Seilende konnten von den UnterstützerInnen festgehalten werden, so dass die Klettererin nicht abstürzte. Auch einer der Polizisten half, das Seil zu halten und versuchte, seine Kollegen zur Mithilfe zu bewegen - ohne Erfolg. Dieser Polizist rief dann wohl auch die Ambulanz. Die am Seil hängende Frau konnte schliesslich auf ein zweites (festhängendes) Seil wechseln und sich unver-

letzt abseilen. Sie musste aber wegen Schocks im Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei hat später zwar behauptet, sie hätte nicht gewußt, dass Menschen am Seil hängen. Dass das eine reine Schutzbehauptung ist, beweisen Fotos und ein Video, auf dem zu sehen ist, wie die Polizisten sich über die Brüstung beugen und nach unten sehen. Auch Martin, der während und nach dem Sturz bei Bewußtsein blieb und sich an alles erinnert, sagt, dass die Polizisten mit Sicherheit wussten, was sie taten: „Als drei Beamten über die Lücke zwischen den Fahrspuren kletterten, durch das mein Seil hing, folgten ihre Augen dem Seil und sie sahen mich, ich wünschte ihnen einen guten Morgen, indem ich winkte und 'Bonjour!!' schrie. Ich wollte eine freundliche Verbindung zur Polizei aufbauen, weil ich erwartete, dass ein erfahrenes Kletterteam der Polizei das ganze in die Hand nehmen würde, das sich die Situation ansieht, bevor es handelt und uns schliesslich sicher herunter holt. In all den Jahren, in denen ich jetzt klettere hab ich mir nie träumen lassen, dass wer das Seil anrühren könnte. Aber dann hab ich gefühlt, das das Seil durchgeschnitten wurde. 'Mein Gott, sie schneiden das scheiss Seil durch!', hab ich gedacht während der 25 Meter, die ich gefallen bin.“ (übersetztes Statement von Martin auf indymedia.ch) Dass der Aktivist überhaupt überlebt hat, grenzt an ein Wunder, denn der Fluss ist sehr flach und steinig. Martin brach sich mehrfach den Fuss und zog sich einen Beckenbruch, Wirbelsäulen- und eine Milzverletzung zu. Glücklicherweise gab es in der AktivistInnengruppe eine Ärztin, die erste Hilfe leisten konnte, bis der Krankenwagen und ein Rettungshubschrauber eintrafen (nach über einer Stunde). Die Beamten der Militärpolizei halfen auch hier nur widerwillig. Die unverletzten AktivistInnen

wurden in Gewahrsam genommen, ihnen drohen Verfahren wegen der Autobahnblockade und bis zu sechs Monate Haft. Martin Shaw wurde inzwischen mehrfach operiert und auch wenn er die nächsten Monate in Krankenhäusern und Rehakliniken verbringen muss, wird er wieder laufen können. Die Schweiz hat ihn zu Beginn stark abgeschirmt und nahezu keinen Besuch zugelassen sowie eine Nachrichtensperre verhängt. Ausserdem wollen sie ihn so schnell wie möglich zurück nach Spanien bringen (wo er lebt), unter anderem vermutlich, weil er keine Krankenversicherung für die Schweiz hat und die Behandlungskosten sehr hoch sind. Zudem gibt es die Befürchtung, dass sie damit auch die medizinische Verantwortung loswerden wollen, um mögliche Spätfolgen auf Behandlungsfehler in Spanien schieben zu können. Im Moment kämpft die Unterstützerguppe vor allem darum, dass Martin zu-

nächst im Krankenhaus von Lausanne bleiben kann. Immerhin hat die Schweiz eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet und Martin wird zudem Strafanzeige gegen den Polizisten erstatten. Das die Pressefreiheit eine Illusion ist, zeigt sich mal wieder daran, dass der Vorfall in den offiziellen Medien praktisch komplett totgeschwiegen wurde - in Deutschland wurde meines Wissens überhaupt nicht darüber berichtet, in England erschien am 8.6. immerhin ein ausführlicher Artikel im Guardian. Offenbar hat die Schweiz tatsächlich alles nur mögliche getan, um den Vorfall totzuschweigen. Noch einmal Martin Shaw: „Der freie Zugang zur Presse ist grundlegend in jedem demokratischen Staat. Doch gestern wurde gegen meinen Protest eine junge Journalistin, die mich interviewte, mit Gewalt aus meinem Raum gezerrt, obwohl sie sich an die Besuchszeiten gehalten hat. Es erscheint mir eine politische - im Gegensatz

zu einer medizinischen - Entscheidung, mich von der Presse fern zu halten. Ich finde diese Behandlung inakzeptabel.Versucht der Schweizer Staat, die Geschichte zu begraben?“

Emails an Martin können an folgende Adresse geschickt werden: love.to.martin@web.de, die UnterstützerInnengruppe ist unter dontletmedown@web.de zu erreichen. Quellen und weitere Infos: [ch.indymedia.org/de](http://www.indymedia.org/de), insbesondere: <http://www.indymedia.ch/de/2003/06/11322.shtml> (Martin's Statement) und <http://www.indymedia.ch/de/2003/06/11061.shtml> (aktuelle Infos und Bericht von der Aktion) <http://www.veggies.org.uk/news/martin2.htm> (Support Martin, mit Protesbriefvordruck) http://www.guardian.co.uk/uk_news/story/0,3604,973303,00.html (der Artikel im Guardian)



Unser Kampagneninfo mit 21 Argumenten gegen Rechts erhalten Sie bei Einsendung dieser Anzeige und 3.- Euro (gern in Briefmarken).

Naturfreundejugend Deutschlands
Haus Humboldtstein
53424 Remagen



Frühprotest der Weitgereisten

Kaum zurück vom G-8-Gipfel zogen gestern morgen Globalisierungskritiker durch das Regierungsviertel zur Schweizer Botschaft. Sie wollten auf Repressalien der Schweiz aufmerksam machen. Polizei kam erst nach 15 Minuten.

Selbst demoerfahrene Berliner rieben sich die Augen, als am Dienstagmorgenrund 60 mit Rucksäcken bepakte Menschen singend, trommelnd und Parolenrufend vom Bahnhof Friedrichstraße Richtung Reichstag liefen. Schnell bildete sich im Berufsverkehr ein Stau, den die Polittouristen ebenso souverän ignorierten wie sämtliche Bannmeilenbestimmungen im Regierungsviertel. Auch für die Polizei kam der Aufzug überraschend, sie traf erst nach 15 Minuten ein. Die Demonstranten waren weit gereist. Per Sonderzug kamen sie aus der Schweiz, von den dortigen Protesten gegen den G-8-Gipfel. Zurück in Berlin wollten sie noch vor Dienstbeginn gegen die Repressalien protestieren, die Globalisierungskritiker erlebten, und zogen zur Schweizer Botschaft. Zwar fand das G-8-Treffen im französischen Evian statt. Doch die Protestierenden bewegten sich überwiegend zwischen Genf und Lausanne auf Schweizer Territorium. Über 500 der mehr als hundert-

tausend Globalisierungsgegner, die sich in verschiedenen Camps auf die Aktionen vorbereiteten, kamen aus Berlin. Mehr als 300 von ihnen fuhren mit einem von Attac gecharterten Sonderzug nach Genf. Am Dienstagmorgen kamen sie weitgehend unverletzt wieder in Berlin an. „Es gab keine flächendeckende Repression wie noch vor zwei Jahren in Genua“, meinte denn ein Polittourist. Doch mehrere in den Medien nicht erwähnte Vorfälle motivierten die Polittouristen zur frühmorgendlichen Spontandemo. So sei ein Direct-Action-Aktivist bei einem Sturz schwer verletzt worden, als ein Polizist das Seil durchschnitt, mit der er sich für eine Blockadeaktion von einer Autobahnbrücke abseilen wollte. Auch eine über 20-köpfige Gruppe polnischer Aktivistin, die von Berlin ausmitreiste, berichtete von ständigen Repressionen in der Schweiz. Mehrmals seien sie ohne Grund festgenommen und dabei mit antipolnischen Sprüchen bedacht worden. Weil sie unbehelligt ihre Heimreise antreten wollten, hatte die Gruppe allerdings auf Proteste in Berlin verzichtet und nur einen Trompeter zur Morgendemo delegiert. PETER NOWAK, taz Berlin lokal, Nr. 7070 vom 4.6.2003, Seite 24, 71 Zeilen

Halbe Million Menschen demonstriert Mobil ohne Auto

MoA fordert:

Am 15.7. haben bei Hochsommerwetter an über 200 Orten in der Bundesrepublik knapp eine halbe Million Menschen für eine Mobilität ohne Auto demonstriert.

Von Bad Segeberg bis zum Bodensee wurde mit Aktionen vielfältiger Art die bundesdeutsche Mobilität thematisiert. Vom Pickenick auf der Hauptverkehrsstraße über Sonderzugfahrten, Fahrrad-Demonstrationen, Straßenfeste, Sperrungen von Bundesstraßen für Fußgänger, Radler und Inliner oder Ralleys mit Bus und Bahn reichten die Mitmachmöglichkeiten.

Besonders aktiv waren in diesem Jahr wieder die Baden-Württemberger - mit über 50 beteiligten Orten, Landkreisen und Tälern ist die Resonanz im Südwesten sehr groß. Dort gab es viele ausschließlich für nicht-automobilen Verkehr freigegebene Landes-

und Bundesstraßen. Bei "Natürlich mobil" am Bodensee beteiligten sich schon zur Mittagszeit 60.000 Menschen, im Nagoldtal wurde mit 70.000 Aktiven der bisherige Rekord übertroffen und im Neckartal genossen 50.000 Teilnehmer die Sperrung der B 28 zwischen Heilbronn und Mosbach. (siehe gesonderte Pressemitteilung der Landeskoordination Baden-Württemberg!) Ausserdem waren weitere große Schwerpunkte in Hessen, im Moseltal, Hamburg (<http://www.umwelt-netz-hamburg.de>) und Berlin der Bundeskoordination gemeldet worden.

Der seit 1981 jährlich rund um den 3. Sonntag im Juni stattfindende Aktionstag Mobil ohne Auto MoA fand damit zum dreißigsten Mal bundesweit statt.

1. Vorrang für Fußgänger und Radfahrer
2. Kein Rückzug von Bus und Bahn aus der Fläche
3. Abschaffung der steuerlichen und rechtlichen Begünstigung von Auto und Flugzeug (Veränderung der Entfernungspauschale und Stellplatzverordnung, Einführung der Kerosinbesteuerung)
4. Keine teuren Prestigeprojekte wie Metro-rapid und neue Autobahnen
5. Güter gehören auf die Schiene

Trägerkreis Mobil ohne Auto 2003: agu - Kirchliche Umweltbeauftragte der EKD, autofrei leben!, Bundeskoordination Studentischer Ökologiarbeit BSÖ, BUND, Fußgängerschutzverein FUSS e.V., GRÜNE LIGA, ROBIN WOOD, UMKEHR e.V., VCD.

Autofreier Hochschultag am 17.6.

40 Hochschulen setzen Zeichen für sozialverträgliche Mobilität im Umweltverbund und fordern: Flächendeckendes Bahnnetz mit attraktiven Tarifen!

Der jährliche Autofreie HochSchultag (AfH) im Rahmen der Aktionswoche Mobil ohne Auto fand bundesweit am Dienstag, den 17.06. statt. Über 40 Hochschulen und einige Schulen nahmen an den dezentralen Aktionen teil, die vom MoA - Bundsträgerkreises und der BSÖ koordiniert wurden. Sie setzten phantasievolle Zeichen gegen Auto- und Flugwahn und für einen attraktiven Umweltverbund in Stadt und Land.

Besondere Schwerpunkte in diesem Jahr waren die Forderungen nach einem flächendeckenden Bahnnetz und einer sozialverträglichen und übersichtlichen Tarifierneuerung der Bahn zum 1.7.03 und bei den SemesterTickets.

In Berlin wurde der Pro-Bahn-Kult-Film "Heinrich der Säger" mit Rolf u. Meret Becker (<http://www.gietinger.de>) gezeigt, an der TU Clausthal-Zellerfeld fand ein "Kursbuch-Lese-Wettbewerb" statt. Die Uni Lüneburg zeigte: den Kultfilm „Mama, Papa, Auto“. Parkräume und Straßen wurden überall alternativ für ÖPNV-BenutzerInnen, RadfahrerInnen, SkaterInnen sowie von Kindern und Jugendlichen für alternative "Parkraumbewirtschaftung" mit Musik und von Künstlern für Strassenmalereien beansprucht. Teilweise waren die Parkplätze auch per Hochschulbeschluss gesperrt. In Frankfurt/O. wird die neue Fahrradselbsthilfewerkstatt in Betrieb genommen.

Aktionen

An der Uni Konstanz wurden u.a. Probe-fahrten mit dem Conference-Bike (<http://www.saliko.de>) unternommen. Der Erwerb eines Car-Walking-Diploms ist kostenlos.



Rad-Rennen für Tempo 30, Parcours, Car-walking-Seminare fanden z.B. an der in Konstanz und Heidelberg statt. Weiterhin nahmen viele Hochschulen und Studierendenvertretungen mit vielfältigsten Aktivitäten am AfH teil: GHS Paderborn, GHS Kassel, TU München, TU Braunschweig, HU + FU Berlin, TU Cottbus, Universitäten in Kiel, Oldenburg, Bielefeld, Hannover, Münster, Osnabrück, Bochum, Bonn, Mainz, Halle/Saale, Trier, Darmstadt, Heidelberg, Saarbrücken; Freiburg, Augsburg, Würzburg, Bayreuth, Passau, Frankfurt/O. sowie Fachhochschulen in Aschaffenburg und Eberswalde, u. a.

Die AG Verkehr des StudierendenRates und die Studierenden der TU Dresden wehrten sich anhaltend gegen den Autobahnzubringer Bergstraße (B172), ein Straßenbauprojekt der A17: teils 40 Meter breit und mitten durch die Universität.

Angesichts fortschreitender Umweltzerstörungen durch verfehlt-verkehrte Verkehrspolitik begrüßten die Veranstalter die Unterstützung und Teilnahme vieler kommunaler ÖPNV-Betriebe und Umweltschutzgruppen am Autofreien Hochschultag.

Die zentralen Themen 2003:

1. Sozialverträgliche SemesterTickets sichern und ausbauen!

70 % der StudentInnenschaften senken mit dem erstmals 1991 eingeführten Solidarfahrchein den Motorisierten Individualverkehr (MIV). Allerdings sind die Großtarife zunehmend durch hohe Preisforderungen der Verkehrsunternehmen und verkehrte Politik gefährdet. StudentInnen und andere Hochschulangehörige diskutieren an diesem Tag die Sozialverträglichkeit und Kostenneutralität Ihrer Semesterticket- bzw. Jobticketmodelle sowie alternative öffentliche Mobilitätskonzepte angesichts der Tatsache, dass laut Statistischem Bundesamt (<http://www.destatis.de/>) 13 Prozent der Schüler und Studenten im Mai 2003 in Deutschland das Auto für die Fahrt zur Schule oder Hochschule benutzen - ein Prozent mehr als noch 1996. Von den 13 Prozent waren neun Prozent als Selbstfahrer unterwegs; der Anteil der Mitfahrer blieb mit vier Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum unverändert niedrig.

2. Bahntarifdeform vom 15.12.2002 rückgängig machen: "Die Bahn zurück auf die Schienen!"

Das Flugmanagement der Bahn hat mit der Bahnpreisdeform die Systemvorteile der Schiene gegen alle Warnungen verringert und die Nutzung des Öffentlichen Verkehrs erschwert. Damit hat der Schienenverkehr in den ersten Monaten rund 18% Fahrgäste an den Straßenverkehr verloren, die Umwelt belastet und die Lebensgrundlage von Mensch und Tier angegriffen.

Die jungen Studierenden und TeilnehmerInnen am AfH 2003 fordern die Bundesregierung, die Verkehrsminister und das Bahnmanagement auf, der Resolution des 32.BÖT in Konstanz folgend (<http://www.bsoe.info/resolutionen>), die unter



dem Leitbild des Ausverkaufs der öffentlichen Güter sogar noch verschärfte Kahl-schlag-Deform der Schiene zu stoppen.

Die BSÖ e. V. erklärt zu den allgemeinen Zielen des jährlichen Autofreien Hochschultages:

Die Hochschulangehörigen fordern mit phantasievollen Aktivitäten, die jahrzehntelange Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und die steuerliche Benachteiligung des ÖPNV zu beenden! Die unvermeidbaren Mobilitätskosten sollen nach dem Verursacherprinzip erhoben werden. Der Mißstand, daß die Nutzer des MIV für nur 30 % der von Ihnen verursachten Kosten aufkommen gehört beendet! Allgemeinwohl geht vor Industrieinteressen!

Oliver Stoll, Themensprecher Verkehr der BSÖ: "Eine positive Wende in der Verkehrspolitik findet nicht statt, eher das Gegenteil: die Bahn wird geschrumpft, die Straße gefördert. Die jungen Menschen spüren aber, dass eine Änderung im Mobilitätsverhalten überlebensnotwendig ist. MoA

und der AfH sind dabei lebhaft öffentliche Zeichen wider den Straßenwahn und präsentieren die Alternativen zum Auto."

Geschichte

MoA fordert seit 1981 einen Politikwechsel auf allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen durch örtliche vernetzte Aktionen. Der MoA - Autofreie Hochschul- und Schultag verstärkt seit 1996 die Aktivitäten für den Umweltverbund bei den HochschulmitarbeiterInnen, Universitätsleitungen und StudentInnen und richtet sich auch an Schulleitungen, LehrerInnen und SchülerInnen sowie an öffentliche Einrichtungen.

Ausgewählte Internettips

<http://www.mobilohneauto.de>

MoA -AfH-Aktionsmaterial und alle Veranstaltungstermine 03

<http://www.bsoe.info/studiticket>

Übersicht Semesterticket an dt. Hochschulen

<http://www.bsoe.info/resolutionen>

Bahnpreisresolution des 32. BÖT

Einige Höhepunkte der vielen lokalen Aktivitäten an Schulen und Hochschulen im Bundesgebiet:

http://www.asta.uni-konstanz.de/afh/afh_faltblatt.pdf

Große Veranstaltung der Uni Konstanz

<http://www.afh-dresden.de>

Widerstand gegen Zubringer Bergstr. durch Campus Dresden

http://www.uni-oldenburg.de/asta/Oeko/autofreier_hochschultag.htm

Uni Oldenburg autofrei!

http://www.oeko-ag-clausthal.de/Aktionen/kursbuchlesen_2003/

5. Oberharzer Kursbuchlesewettbewerb

mobil mobil
ohne auto ohne auto

UmweltMobilCheck

- die empfehlenswerte persönliche Umweltbilanz

<http://www.bahn.de/pv/uebersicht/>

Wie man ganz einfach Luftverbesserer wird zeigt der DB-Umweltmobilcheck ganz einfach:

Blieben Sie UmweltMobil - mit Bus und Bahn statt Auto oder Flugzeug.

Schon immer sind Menschen mobil: durchschnittlich drei bis vier Wege und über 80 Minuten am Tag. Massiv angestiegen sind die dabei zurückgelegten Entfernungen und mit ihnen die Umweltprobleme: Abgase, Lärm, Zebetionierung von Flächen, aber auch zunehmend Auswirkungen auf unser Klima und unsere Lufthülle, die Atmosphäre.

Die Logik öffentlicher Verkehrsmittel ist deshalb überzeugend: Wer sein Auto zusätzlich in den Verkehr einfädelt, vermehrt automatisch Energieverbrauch und Abgase. Ganz im Gegensatz zu denjenigen, die in die Bahn einsteigen. Der Zug nach Fahrplankontakt verbraucht durch einen zusätzlichen Fahrgast kaum mehr Energie. Auch der Schadstoffausstoß erhöht sich durch ihn nicht merklich. Die Entscheidung zur Nutzung von Bussen und Bahnen ist daher der erste Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Denn wie 87 Prozent der Bevölkerung, das spiegelt eine Forsa-Meinungsumfrage wider, wissen Sie sicher längst: Die Bahn ist unter den motorisierten Verkehrsmitteln das umweltfreundlichste.

Erstens ist sie heute schon im Fernverkehr die Drei-Liter-Klasse: Der durchschnittliche Verbrauch aller Fahrzeuge beträgt, in Benzin umgerechnet, 2,7 Liter auf 100 Personenkilometer (Energieressourcenverbrauch). Zweitens ist der Schienenverkehr schon die 1-Liter-Bahn, wenn man - wie es bei Pkw-Verbrauchsangaben meist der Fall ist - nur den Fahrzeugverbrauch (Endenergie) als Maßstab nimmt. Selbst gegen ein 1-Liter-Forschungsfahrzeug der Automobilindustrie belegt die S-Bahn im Berufsverkehr den Platz des umweltfreundlichsten Verkehrsmittels.

Und drittens erbringt die Bahn etwa neun Zehntel ihrer Verkehrsleistung mit elektrischer Energie. Über 11 Prozent davon werden aus Wasser- und Windkraft erzeugt. Dieser Anteil an erneuerbaren Energieträgern im Bahnstrommix ist wesentlich höher als im bundesdeutschen Durchschnitt. Und elektrisch verkehrende Fahrzeuge verursachen selbst keine lokalen schädlichen Emissionen.

Grüne Welle für Energiesparer

Der UmweltMobilCheck ist hochaktuell. Mit ihm können Sie für Ihre nächste Reise eine individuelle Umweltbilanz erstellen, aber auch einfach mal nur aus persönlichem oder beruflichen Interesse die Stärken und Schwächen der Verkehrsmittel unter die Lupe nehmen. Mit dem UmweltMobilCheck erfahren Sie klipp und klar, ob und wie viel Energie Sie einsparen, wenn Sie z.B.

umweltmobilcheck



- mit öffentlichen Verkehrsmitteln statt Auto zur Arbeit fahren,
- mit dem Zug statt dem Pkw Ihren Wochenendausflug machen,
- mit der Bahn statt dem Dienstwagen auf Geschäftsreisen gehen.

Und wenn Sie weniger Energie verbrauchen, vermeiden Sie auch den Ausstoß von Luftschadstoffen.

Wenn Ihr's genauer wissen wollt, dann klickt auf "Was hinter den Umweltdaten steckt":

http://www.bahn.de/pv/fahrplan/umchk/die_bahn_umwvergleich.shtml
(Näheres zu den Vergleichskriterien im UmweltMobilCheck).

Details zum Öko-Vergleich zwischen Flug und Zugfahrt finden Sie unter Besser Reisen auf Flughöhe Null: http://www.bahn.de/pv/fahrplan/umchk/die_bahn_flugz_bahn.shtml

Mit großem Abstand vorteilhafter für die Umwelt ist die Bahn nicht nur bei den für Klima, Vegetation und menschliche Gesundheit schädlichen Abgasen. Auch bei den Folgelasten des Verkehrs wie Lärm und Flächenverbrauch bietet sie deutliche Vorteile. Mehr erfahren Sie unter

Öko-ABC im Verkehr: Zusätzliche Vergleichskriterien:

http://www.bahn.de/pv/fahrplan/umchk/die_bahn_oeko_abc.shtml

Der Verkehr ist nach Einschätzung aller Experten das besondere Sorgenkind des Klimaschutzes. Auf sein Konto gehen in Deutschland über 20 % der Kohlendioxidemissionen, mit steigender Tendenz. Kein Wunder also: Nie war der Beitrag der Bahnreisenden zum Klimaschutz so wertvoll wie heute. Das gilt auch für ganze Betriebe. Für sie lässt sich mit Hilfe des UmweltMobilChecks eine Reise- und Transportbilanz ziehen und auf Umweltverträglichkeit prüfen - genau wie in der neuen Öko-Audit-Verordnung gefordert. Weitere Hinweise erhalten Sie unter

Verkehrsbilanz im Umweltmanagement: Unternehmens-Leitfaden:

http://www.bahn.de/pv/fahrplan/umchk/die_bahn_verkehrsbilanz.shtml

Wer sich ein komplettes Bild über den umweltfreundlichsten Verkehrsträger und das Engagement der Bahn im Umweltschutz verschaffen will, klickt

Umweltschutz bei der DB: http://www.bahn.de/konzern/uebersicht/holding/dbag_umweltschutz.shtml

UmweltMobilität checken: Kalkulieren Sie richtig

Der UmweltMobilCheck macht es leicht: Anhand der wesentlichen Eckpfeiler einer Fahrt - Abfahrtsort, Zielort, Anzahl Personen - werden der Energieverbrauch und die damit einhergehenden Emissionen errechnet und grafisch dargestellt. Hier können Sie auf Basis individuell ermittelter Daten künftig selbst entscheiden, welches Verkehrsmittel Sie unter Umweltgesichtspunkten wählen. Ergänzend dazu nennt Ihnen der MobilCheck Fahrtdauer und -kosten. Probieren Sie es ganz einfach aus: Suchen Sie sich zunächst Ihre Verbindung. Klicken Sie dann auf UmweltMobilCheck. Und steigen Sie ein in umweltfreundliche Mobilität.



Wo ist der Unterschied?

Weitere Linkempfehlungen des Regisseurs Klaus Gietinger für Schienenfreunde:

www.draisine.de

www.allgaeu-bahn.de

www.eisenbahn-forum.de

Die Außerfernbahn:

www.erlebnisbahn.at/ausserfernbahn

Initiative Frankfurt 22:

www.frankfurt22.de

Eisenbahn Forum:

www.eisenbahn-forum.de

Allgäu-Bahn:

www.allgaeu-bahn.de

Die Anti-Mehdorntruppe:

www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de

Höchste Eisenbahn

www.bahnvonunten.de

Heinrich der Säger

Film weiterhin ausleihbar! Filmmusik auf CD verfügbar!

Kurzbeschreibung:

KURT GRANTKE ist Bahnwärter und Witwer. Er lebt mit seiner Tochter TERESA an einer Bahnstrecke die stillgelegt wird. GRANTKE führt ein zweites, verborgenes Leben. Er zerstört Schienen, sägt Stücke raus. GRANTKE ist ein Attentäter. Er glaubt, wenn er die Bahn erpreßt, kann er Streckenstilllegungen und Entlassungen rückgängig machen. Bislang ist alles gut gegangen, keine Spuren, keine Toten. Denn GRANTKE warnt rechtzeitig.

Durch Zufall kommt ihm HEIKO auf die Schliche. HEIKO der forsche Postbote liebt die bigotte TERESA, die bislang nur ihr Federvieh und die hl. Maria in ihr Herz gelassen hat. Doch HEIKO will Geld. Aber erst als die Tochter, wider Erwarten, HEIKOS Ansinnen unterstützt, ist das Trio, ist "Heinrich der Säger" perfekt.

Längst sind sie ins Schußfeld von Kommissar STAHL geraten. Der will den Erpresser dingfest machen. Und dazu ist ihm jedes Mittel recht. Zum Leidwesen seiner tolpatschigen Assistentin BRAUN, die für "Heinrich" ein gewisses Verständnis hat. Geradezu Sympathie bringen ihm die von Arbeitslosigkeit bedrohten Eisenbahner, als auch das "gemeine Volk" entgegen. Der Unbekannte ist ihr Held. Es kommt zum erbitterten Kampf mit STAHL, wobei so manche Lok unsanft am Prellbock landet oder gar ganze Autozüge von Brücken stürzen. Auch ICEs walzen so manches platt. STAHL wird vom Trio gekonnt ausge-trickst, bis BRAUN als Agent Provokateur im Dorf auftaucht. Sie verführt GRANTKE. STAHL dagegen spielt mit der Katastrophe. Er will das Trio auf frischer Tat ertappen. Und die gehen aufs Ganze: Ein Jubiläumsdampfzug soll entgleisen und mit ihm der gesamte Bahnvorstand. Aber diesmal macht "Heinrich" einen entscheidenden Fehler.

Im Internet:

http://www.gietinger.de/film_heinrich_der_saeger.htm

Film für UniKino oder Open-Air bitte anfragen bei:

Arsenal Film Verleih
www.arsenal-film.de



Zum Kultfilm „Heinrich der Säger“ kann jetzt auch die Filmmusik bestellt werden:

Klaus Roggors
Schießstattweg 36
D-88239 Wangen/Allgäu
Tel: +49-(0)7522-8451
Fax: +49-(0)7522-771763
<http://www.heinrichdersaeger-filmmusik.de>

14. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress

Einleitung und Kritik:

Der 14. BUVKO setzt in vielen Punkten z.B. bei der Kostenerhebung im Flugverkehr etc, auf die richtigen Pferde.

Eher kritisch sollte man hingegen die zunehmende Tendenz bewerten, in der Privatisierung und Zerschlagung hoheitlicher Versorgungseinrichtungen das Allheilmittel zu sehen.

Die Bundesrepublik hat u.a. nach dem Grundgesetz die Grundbedürfnisse Ihrer Bürger zu decken, darunter die grundgesetzlich verbrieft Verpflichtung, dem Allgemeinwohl bei Verkehrs- und Mobilitätsangeboten im Schienennetz Rechnungen zu tragen (Art. 87 e, GG). Diese Grundrechte der Bürger verpflichten die staatlichen Organe, auch entsprechende Steuereinnahmen von Organisationen und Individuen zu erzielen, um diesen Aufgaben gerecht werden zu können.

Auszug aus der BSÖ-Resolution: „Lasst die Bahn auf der Schiene“:

„Die DB AG, obwohl in 100%-Staatsbesitz befindlich, (wird) immer stärker ... nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben ... Der verfehlten Konzernpolitik kann nur Einhaltung geboten werden, wenn die Verkehrspolitik klare Vorgaben macht. Das müsste durch eine Vereinheitlichung der Preise und die Einführung von einheitlichen Qualitätsstandards in den Regionen geschehen.“

(<http://www.bsoe.info/resolutionen>):

Ist es richtig, genau die Ausweitung der Privatisierung zu fordern?

Grundversorgung wird selten von privater Hand geleistet bzw. bedarf einer staatlichen Garantie, Bezahlung und Kontrolle. Privatisierungen laufen aber zunehmend so ab, dass Gewinnbereiche privatisiert und die kostenintensiven zentralen Versorgungsaufgaben nicht mehr wahrgenommen oder an die staatliche Organe abgeschoben werden, die sie wegen fehlender Steuereinnahmen aus den Gewinnen der Privatisierung wiederum weder finanzieren noch kontrollieren können. Die Privatisierung der Grund-

versorgung und des öffentlichen Sektors ist ein gefahrenreicher Großversuch an Menschen ohne deren Zustimmung. Zusätzlich führt sie zu sinkenden Löhnen und in der Regel zu schlechteren Sicherheits- und Arbeitsbedingungen.

Ein klarer Ausweg aus diesem Teufelskreis fehlt leider in der sonst zu begrüßenden BUVKO-Erklärung.

Die Resolution im Wortlaut:

Konzept "MobilitätsPlus trotz HaushaltsMinus" auf 14. BUVKO in München vorgestellt

Nicht nur der Finanzminister des Bundes soll wieder durchschlafen können, auch seine Kollegen in Ländern und Kommunen. Bessere Gesundheit (nicht nur) für die Schatzmeister der Nation, die öffentlichen und Sozialversicherungs-Haushalte und ein Plus an Mobilität lassen sich gleichzeitig erreichen.

Dies erfuhren die Teilnehmer des 14. Bundesweiten Umwelt- und Verkehrskongresses in München. Nach drei Tagen, die prallvoll mit Arbeitsgruppen, Exkursionen und Podiumsdiskussionen gefüllt waren, stellten die Veranstalter das Konzept "MobilitätsPlus trotz HaushaltsMinus" vor.

Es besteht aus den folgenden Bausteinen:

1. Weniger Ausgaben

Zuschussbedarf für die Bahnen durch Ausschreibungspflicht im Schienen-Nahverkehr (SPNV) reduzieren

Private Eisenbahnen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass besserer Service für die Fahrgäste bei geringeren Zuschüssen durch die öffentliche Hand möglich ist.

Zuletzt gibt es eine Unterstreichung der Verpflichtung des Staates für diejenigen, die nicht gesund sind oder werden können (Behinderte, chronisch Kranke, etc.) und denen weder Fahrrad noch Fusswege helfen. Besonders für diese Menschen hat die Gemeinschaft durch Steuereinnahmen von Unternehmungen (Eigentum verpflichtet!) für gleichberechtigte Lebenschancen abseits vom Auto zu sorgen.

Deshalb müssen in Zukunft alle SPNV-Leistungen öffentlich ausgeschrieben werden. Exklusiv-Verträge mit dem (Noch-) Monopolisten DB AG müssen der Vergangenheit angehören.

Budgets der Sozialversicherungen durch Förderung gesunder Fortbewegungsmittel entlasten

Wer die Lohnnebenkosten senken will, muss in die Gesundheits-Prävention investieren. Erforderlich sind die Einbindung des Gehens, des Wanderns und des Radfahrens in die Bundesgesundheitspolitik. Ein gutes Beispiel hierfür sind die von mehreren Bundesministerien geförderten Kampagnen des Fußgängerschutzvereins FUSS e.V. "Zu Fuß zur Schule" und "Gehen bewegt mich" (ein Modellprojekt in Berlin-Brandenburg zum Wandern von Bahnhof zu Bahnhof). Wer nicht krank wird, entlastet die Budgets der Sozialversicherungen.

Haushalte durch arbeitsplatzintensive Investitionen zur Erhaltung und zum Umbau der Verkehrsnetze entlasten
Bund, Länder und Kommunen sollen in Maßnahmen investieren, die der unnötigen Autonutzung in Städten und Gemeinden

entgegenwirken. Derartige Maßnahmen sind kostengünstiger als der derzeit fortgeführte Ausbau von Straßen.

Der neue Bundesverkehrswegeplan (BVWP 2003) will dagegen den Straßenbau auf Rekordniveau weiterführen. Er darf daher in seiner vorliegenden Form nicht verabschiedet werden! Auch im Straßenbau sollte gelten: Statt Großbetriebe, die oft keine Steuern zahlen, zu alimentieren, sollte lieber der arbeitsplatzintensivere Mittelstand gestärkt werden.

Ausgaben für kommunale Verkehrsförderung durch Verzicht auf Bevorzugung von Großprojekten senken
Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) muss zu einem Spargesetz werden, d.h. die kostengünstigsten und effektivsten Baumaßnahmen müssen gefördert werden, nicht aber Großvorhaben. Derzeit sind wirksame Maßnahmen im Fuß- und Radverkehr sowie die Verkehrsberuhigung nicht förderfähig, nicht zuletzt, weil sie weniger kosten als der gesetzlich festgelegte Mindestbeitrag (Bagatellgrenze).

Versteckte Auto-Subventionen einsparen

Der Autoverkehr in unseren Städten wird hochgradig subventioniert. Spürt man diese in den Kommunalhaushalten versteckten Ausgaben auf, so kommen erstaunliche Beträge dabei heraus: So subventioniert z.B. Dresden den Autoverkehr mit jährlich rund 55 Mio. Euro.

Ausgaben der Kommunen durch Verlagerung vom Parkplatzbau zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs senken

Es ist nicht Aufgabe der Gemeinden, jedem Bürger überall in der Stadt Parkflächen zur Verfügung zu stellen. Die Stellplatzverordnungen müssen entsprechend verändert werden. Billiger und effektiver ist die Schaffung und Unterhaltung von Fuß- und Radverkehrsnetzen sowie von komfortablen und sicheren Querungshilfen.

2. Mehr Einnahmen

Kostendeckende Gebühren im Flugverkehr erheben

Angesichts der niedrigen Ticketpreise der Billigflieger ahnt es eigentlich jeder: Hier kann etwas nicht stimmen. Die öffentliche

Hand investiert für Ryanair & Co in den Ausbau der Flughäfen und landseitigen Anschlüsse, verzichtet in der Regel aber trotz enormer Folgekosten durch Luftverschmutzung und Lärmbelästigung auf kostendeckende Gebühren. Emissionsabhängige Gebühren würden diese indirekte Subventionierung aufheben. Die Airlines müssten diese Gebühren über kurz oder lang an die Passagiere weitergeben. Dann würden auch die Preise stimmen!

Einnahmen der DB AG aus Fahrscheinverkäufen durch ein attraktives Preissystem erhöhen

Das neue Preissystem der DB AG führte zu verärgerten Kunden und zurückgehenden Fahrgastzahlen. Es ist eben nicht so einfach und kostengünstig wie die Werbung ver-

sprach. Die Wiedereinführung der 50%-BahnCard, die Abschaffung der Strafgeldgebühren für Umbucher und die Einführung eines einfachen Preissystems vor allem im Nahverkehr mit ausreichenden Rabatten für Jugendliche wären wichtige Schritte, um das Bahnfahren wieder konkurrenzfähig zu machen. Mit diesen Maßnahmen ließen sich die Einnahmen der DB nennenswert erhöhen.

Der Geldmangel der öffentlichen und Sozialversicherungs-Haushalte birgt nicht nur Probleme in sich. Das auf dem Kongress vorgestellte Konzept "MobilitätsPlus trotz HaushaltsMinus" zeigt Grundlagen auf, wie die finanzielle Ebbe zu einer ökologischen Verkehrswende führen kann.

<http://www.umkehr.de>

Semesterticket-Übersicht

The only: Endlich zurück und richtig neu!

Übersicht und Online-Fragebogen zu bundesdt. Semesterticket sind wieder im Netz!

<http://www.bsoe.info/studiticket>

Die an der FH Lippe in Lemgo 1994/95 mit zwei bundesweiten Umfragen begonnene bundesweite Semesterticket-Übersichtsseite (Geschichte siehe: <http://cord.de/proj/virtualhome/history.html>), 1996 an den Themensprecher Verkehr und Web-Admin Oliver Iost von der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit (BSÖ) e.V. übergebene Datenbank ist nach rund 2 Jahren Webabstinezz und Umbauphase endlich mit verbesserten Online-Formular und übersichtlicher Datenbank zurück in der Online-Welt.

Dank dem BSÖ-Webmaster Alex Jillich (bsoe@fs.tum.de) und dem Verkehrs-AK-Sprecher Oliver Stoll kann dieser wichtige Service der BSÖ ab Juli endlich wieder angeboten werden.

Eine Zusammenfassung der Semestertickets in Form einer Auswertung findet Ihr bis dahin im FUI 2/2000 (<http://www.bsoe.info/hui>). Eine weitere übersichtliche Tendenzbeschreibung findet Ihr aktuell im FUI-Schwerpunkt Verkehr des FUI 2/2003.

Aufruf zur Datenaktualisierung an die Umwelt-, Öko- und Verkehrsreferate:

Die bundesdt. BSÖ-Semesterticket-Übersicht BSÖ bedarf Eurer aktiven Mitarbeit per kinderleichter Umfrage per Online-Formular.

Das Eingeben der Semesterticket-Daten Eurer Hochschule ist jetzt super einfach und komfortabel geworden.

Bitte überprüft, ob Angaben zu Eurer Hochschule im Netz sind und korrigiert die Angaben gegebenenfalls bzw. stellt Eurer seit 2000 neu eingeführtes Semesterticket dort mit allen zuverlässigen Angaben ein.

Den Vernetzungserfolg könnt Ihr nach kurzer Prüfung wenig später schon sehen.

Also, auf was wartet Ihr:

<http://www.bsoe.info/studiticket>

Zusätzliche Infos z.B.:

<http://www.semesterticket.com/presse>

<http://www.semesterticket.com/links.html>

<http://www.mobilohneauto.de>

16. Sozialerhebung zu Studierenden

Kapitel Verkehr:

<http://www.his.de>,

<http://www.studentenwerke.de>,

<http://www.bmbf.de>

Oliver Stoll

DB nimmt Gespräch mit handsortierten Umweltverbänden wieder auf

PEP ist weg, was kommt jetzt?

Wie der DB-Sprecher für den Vorstand Personenverkehr, Dr. Karl-Friedrich Rausch, am 13.6.03 mitteilt, nimmt die Bahn regelmäßige Gespräche mit Fahrgastverbänden und Umweltgruppen wieder auf.

Viele Fragen bleiben unbeantwortet:

Warum hat die DB den Dialog wann unterbrochen?

Weshalb meldet man eine Selbstverständlichkeit per Presse-Information, ohne dass es laut Presse-Info irgendwelche Vereinbarungen oder Ergebnisse gab?

Was ist mit den 18%-Fahrgastverlust im ersten halben Jahr?

Warum werden die Verbände nicht eingeladen, die das DB-Management am Schärfsten kritisiert hatten:

<http://www.pro-bahn.de>,

<http://www.umkehr.de>,

<http://www.bsoe.info> (resolutionen),

<http://www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de>

Es lässt sich wohl besser mit der selbstgegründeten "Allianz pro Schiene" sprechen wie mit unabhängigen Kritikern des Bahnmanagements, von PEP und Börsengang des staatlichen Monopolisten.

Daneben werden weiterhin Gruppen juristisch mundtotgemacht, die sich ihren Mitgliedern und den Interessen der Eisenbahn und -fahrgästen verpflichtet fühlen.

Siehe dazu die Presseerklärung von Pro Bahn e.v. vom 31.5.2003:

http://www.pro-bahn.de/presse/j_0315.htm

<http://www.der-fahrgast.de>

Weitere Infos zum PEP u.a. im FUI 2/03: Themenschwerpunkt Verkehrt

<http://www.bsoe.info/hui>

oder gegen 2,5 EUR per Post bei der BSÖ-Geste, Unter den Linden 6, 10099 Berlin

oli

Fahr mit ! - eine Initiative von Bahnfahrern für BahnfahrerInnen

Bessere Nutzung der DB-Mitfahrangebote

Wir sind eine Initiative, die davon ausgeht, dass mehr Personen die Bahn nutzen würden, wenn sie günstiger fahren könnten. Die Bahn macht diverse Mitfahrangebote (Mitfahr-Rabatt, Länder-Tickets, Wochenend-Tickets) und unser Anstecker (siehe Bild unten) soll den Menschen helfen, einander vor dem Schalter zu erkennen und gemeinsam zu reisen.

Der Button und sein Motiv ist rechtlich geschützt und wird bundesweit vertrieben. Unser Wunsch ist es, den Bahnreisenden ein unkompliziertes Werkzeug an die Hand zu geben und den Autofahrern einen Anreiz zum Umsteigen. Wir haben es in der Hoffnung entwickelt, den vielen Menschen, die sich die Fahrt mit der Bahn bisher nicht leisten konnten, einen bequemen Weg in das umweltfreundliche Verkehrsmittel zu eröffnen. Die Tarifreform der Bahn hat ihre Tücken, aber sie macht auch gute Angebote - nutzen wir sie !

Unsere Initiative wird auch von anderen Gruppen, z.B. vom Verkehrsclub Deutschland VCD, unterstützt.



Wie bekomme ich den Mitfahr-Button ?

Sie können einzelne Buttons zum Preis von 1,50 Euro plus Porto direkt bei uns bestellen (ab 10 Stück wird's billiger - schenken Sie Ihren Freunden eine Idee):

fahr_mit@web.de

"Fahr mit!" - Leistenstr. 35 - 97082 Würzburg
Tel: 0931 - 804 7264 oder 0931 - 329 1063

Wenn Sie die Initiative unterstützen und zu der Verbreitung der Idee und der Buttons beitragen möchten, rufen Sie uns bitte an.



Online-Proteste gegen Euroatom und Urananreicherungs- anlage

Am 8. Mai startete ROBIN WOOD gemeinsam mit vielen anderen Umweltverbänden einen Online-Protest gegen die Integration des EURATOM-Vertrages in die EU-Verfassung. Damit würde der Ausbau und die Förderung der Atomenergie in der EU Verfassungsstatus bekommen. Bitte beteiligt euch gegen diese Maßnahme und schickt den Protest-Brief nicht nur an Außenminister Fischer und die Mitglieder des EU-Konvents, sondern zur Information auch an Freunde und Bekannte. Auf diese Weise kann eine möglichst große Protestwelle in Gang gesetzt werden. Genaueres könnt ihr unter <http://www.robinwood.de/energie> nachlesen. Insgesamt (über alle Umweltgruppen) haben bis jetzt über 1.500 Leute an dem online-Protest teilgenommen.

Noch immer läuft der online-Protest gegen den Ausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau unter <http://www.robinwood.de/uran>. Bis jetzt sind ein paar hundert Protestbriefe abgeschickt worden, das ist nicht allzu viel. Bitte hängt einen Hinweis auf den online-Protest an eure Mails und versucht auf diese Art, den Protest zu vergrößern. Der Erörterungstermin, an dem Mensch weitere Bedenken gegen die Erweiterung der UAA des Betreibers Urenco in Gronau vorbringen kann, findet voraussichtlich ab dem 8. Juli in Legden (!) zwischen Ahaus und Coesfeld statt.

Trainspotting Kampagne 2003

Auch in diesem Jahr rollen sie in immer größerer Zahl wieder durchs Land: Die Atom-mülltransporte mit den abgebrannten und hochradioaktiven Brennelementen aus den deutschen AKWs in die Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield. Die Anti-Atom-Bewegung ruft dazu auf, gegen diese „Castor“-WAA-Transporte zu demonstrieren, sie publik zu machen und/oder die Transporte durch Blockaden zu stoppen. Während früher die Züge unbenutzt nachts durchs Land und die Städte rollten, heißt es jetzt immer öfter: „Atomkraftgegner blockierten durch eine Sitzblockade den WAA-Transport für X Stunden, in dem sie sich an den Gleisen festketteten“. Doch geht es primär nicht um die Anzahl der gestoppten Stunden eines Transportes. Im Rahmen der Trainstopping Kampagne 2003 soll der erste Atom-mülltransport im Sommer aus dem norddeutschen AKW Krümmel bei Hamburg mit phantasievollen Aktionen begleitet und gestoppt werden. Zudem sind Aktionen an der Urananreicherungsanlage in Gronau im Juli geplant.

Öffentlichkeitswirksam?

Ein Resümee der Öffentlichkeitswirksamkeit der Aktionen der Transportekampagne „Trainstopping“ im letzten Jahr zog die Bewegung auf der Anti-Atom-Konferenz in Münster im Mai. Viele waren der Meinung, daß die Kampagne unter dem Motto „Die Atomspirale global angreifen“ außerhalb der Szene in der Öffentlichkeit kaum präsent war. Es gab zwar bei jedem Atom-mülltransport Demos, Mahnwachen, friedliche Sitzblockaden und phantasievollen Aktionen, es war aber unklar, welche der Aktionen mit der Trainstopping Kampagne zu verknüpfen waren. Für den Aufwand, der in die Erstellung von durchaus gut gelungenen Plakaten und Flyern gesteckt wurde, war das Ergebnis doch mehr als mäßig, da in der Presse die Kampagne an sich so gut wie nicht erwähnt wurde.

Wehret den Anfängen...

Das Ziel der Kampagne war es, den ersten Castortransport aus dem AKW Krümmel im Sommer 2002 zu stoppen, sowie Aktionen an der Urananreicherungsanlage Gronau durchzuführen. Denn in der Bewegung möchte man nicht nur am Ende, sondern auch an den Anfängen der Atomspirale Widerstand leisten. Während in Krümmel erfolgreich die Transporte gestoppt wurden, gab es an der Urananreicherungsanlage in Gronau nicht so viele Aktionen. Das soll sich nun in diesem Jahr ändern. Der Betreiber der UAA in Gronau, die Firma Urenco, möchte die Fertigungskapazität von anzureicherndem Uranhexafluorid (UF₆) auf mehr als 4500 Tonnen verdoppeln. Damit würde Urenco mehr UF₆ herstellen, als für die Brennelementproduktion für deutsche AKWs benötigt wird. Anders gesagt, mit der Erteilung der Genehmigung beteiligt sich das Land NRW am Ausbau und Weiterbetrieb der AKWs. Der Erörterungstermin für das Genehmigungsverfahren zur Erweiterung der UAA in diesem Jahr beginnt am 8. Juli. Weitere Informationen gibt es auf den Webseiten des örtlichen Arbeitskreises Umwelt Gronau.¹⁾

Motivationen

Die Gründe, warum die Bewegung die Atomspirale angreifen will“ sind vielfältig:

- Die Atom-mülltransporte zementieren den Weiterbetrieb der AKWs. Durch jeden Abtransport von abgebrannten Brennstäben wird Platz für neue in den Abklingbecken der AKWs frei, so dass die AKWs weiter betrieben werden können. Das Ziel der Bewegung, die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen in Deutschland (und auch weltweit), wird dadurch nicht erreicht.

- Mit der Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente wird nicht nur das hochradioaktive Plutonium abgetrennt, sondern die WAA verseucht auch die Umwelt und die in ihrer Umgebung wohnenden Menschen. Mit der Wiederauf-

arbeitung eines Brennstabes wird die 7fache Menge (im Vergleich zum Brennstab) an Atom-müll erzeugt, die hinterher wieder „entsorgt“ werden muss. Dieser zum Teil hochradioaktive Atom-müll wird dann mit dem Zug zurücktransportiert.

- Die abgebrannten Brennelemente werden aus dem AKW Krümmel in sogenannten „NTL-11“-Behältern¹⁾ und aus den anderen AKWs mit „TN“-Behältern transportiert, obwohl diese bei realistischen Falltests alles andere als dicht sind. Bei Kollisionen gegen Betonwände, Brückenpfeiler oder Stürzen in die Tiefe können diese kaputt gehen. Auch ist es mehr als fraglich, ob die Behälter langanhaltende Feuer mit mehr als 800 Grad Feuer heil überstehen. Die radioaktive Kontamination der betroffenen Gegend wäre der Fall. Da die Transporte auch durch Städte rollen, wären diese in einem Umkreis von ca. 10 km um den Unfallort nicht nur größtenteils unbewohnbar, sondern im schlimmsten Fall wären auch Hunderttausende von Menschen radioaktiv verseucht³⁾.

- Während früher nur einzelne Behälter durch die Gegend transportiert wurden, werden nun immer mehr Behälter aus verschiedenen AKWs zusammengekoppelt, um diese dann in einem langen Zug in die WAAs nach La Hague, Frankreich und Sellafield, Großbritannien zu schaffen. Die abgebrannten Brennelemente machen so schnell das Inventar mehr als eines AKWs aus. Bei einem Unfall sind die Folgen also verheerend. Das Risiko mag noch so klein sein, wenn die Folgen eines Unfalles so vernichtend sind, ist der Transport durch halb Europa unverantwortlich, ja kriminell. Jeder Transport muß vom Staat weiterhin mit einem immensen Polizeiaufgebot begleitet werden. Bisher sind noch bei jedem Transport phantasievollen, friedlichen Aktionen von der Anti-Atom Bewegung durchgeführt worden. Es ist weiterhin das Ziel der Kampagne Trainstopping, den politischen Preis der Atom-mülltransporte in die Höhe zu treiben. Damit Atomtransporte nicht zum Alltag werden.

Quellen:

1) <http://www.aku-gronau.de>

2) <http://www.anti-atom.de/na0202-1.htm>

3) <http://www.greenpeace.de>

5 Jahre Ökostrom - eine Bilanz

Seit knapp 5 Jahren können Stromkunden in Deutschland ihren Anbieter frei wählen. Neben Billigangeboten versuchen die Energieversorgungsunternehmen vor allem mit Ökostrom Kunden zu werben. Die Qualität der Angebote ist dabei sehr unterschiedlich. Große Stromkonzerne versuchen, ihren sowieso in alten, längst abgeschriebenen Anlagen produzierten Ökostrom teuer an umweltbewusste Kunden zu verkaufen.

Einige Anbieter sind jedoch aus der Umwelt- und Anti-Atom Bewegung hervorgegangen und hoffen, einen echten Beitrag zur Energiewende leisten zu können. Es wird aber immer wieder diskutiert, ob das Konzept Ökostrom überhaupt sinnvoll ist. Ziel muss es sein, zusätzlich zur staatlichen Förderung durch das EEG Impulse für den Umstieg auf regenerative Energien zu setzen.

Zwei Modelle

Grundsätzlich gibt es zwei verschiedene Modelle für den Verkauf von Ökostrom: Das Aufpreismodell und das Durchlei-

tungsmodell. Beim Aufpreismodell bekommt der Stromkunde weiter den Strom seines bisherigen Versorgers und zahlt lediglich pro Kilowattstunde einen gewissen Aufpreis an den Ökostromanbieter, gewissenmaßen eine Spende. Beim Durchleitungsmodell bezieht der Kunde hingegen tatsächlich Strom vom Ökostromanbieter. Es landet also kein Geld mehr in der Kasse des ursprünglichen Versorgers, dafür fallen allerdings Durchleitungsgebühren an.

Im folgenden Artikel sollen die Leistungen unterschiedlicher Ökostromanbieter verglichen werden und versucht werden, eine Bilanz der letzten 5 Jahre zu ziehen.

auf den bereits durchgeleiteten Strom zu zahlen. Bundesweit haben die EWS derzeit ca. 18.000 Kunden.

Über 500 Anlagen mit einer installierten Gesamtleistung von 3,5 MW konnten bisher gefördert werden. Die EWS baut dabei keine eigenen Anlagen, sondern gibt lediglich einen Zuschuss zusätzlich zur Förderung durch das EEG. Dadurch ist die Förderung sehr effizient.

Ausdrückliches Ziel ist es, durch die Förderung lokale Aktivitäten zu wecken bzw. zu unterstützen. Sie setzen damit auf ein dezentrales Stromversorgungskonzept, häufig in Form von Bürgerbeteiligungsanlagen.

Elektrizitätswerke Schönau (EWS)

Die aus einer Bürgerinitiative hervorgegangenen „Schönauer Stromrebell“ gelten als der Vorzeige-Ökostromanbieter. Sie bieten sowohl Strom nach dem Durchleitungsmodell als auch nach dem Aufpreismodell an. Ebenso ist es möglich, beide Modelle zu kombinieren, also einen weiteren Aufpreis

Energreen

Energreen ist ein Zusammenschluss verschiedener Stadtwerke, die Ökostrom anbieten. Die Stadtwerke haben häufig einen hohen Anteil an umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung und verfolgen natürlich ein dezentrales Energieversorgungskonzept. Mit dem Ökostromangebot versu-

Anbieter	Modell	Kundenzahl	Anlagenförderung
	Durchleitungsmodell und Aufpreismodell	18.000	500 Anlagen 3,5 MW
	Aufpreismodell	Keine Angabe	36 Anlagen 1,7 MW
	Durchleitungsmodell	18.000	7 Anlagen 2,5 MW
	Durchleitungsmodell	85.000	Keine Angabe
	Durchleitungsmodell	200.000	Keine Angabe
	Aufpreismodell	11.000	93 Anlagen

chen die Stadtwerke, zusätzlich regenerative Energien nach dem Aufpreismodell zu fördern.

Aktuelle Kundenzahlen liegen leider nicht vor. Energreen hat bisher 36 Anlagen mit einer Leistung von 1,7 MW gefördert.

Greenpeace Energy

Greenpeace Energy verfolgt am konsequentesten den Ausstieg aus der konventionellen Stromversorgung. Es wird ausschließlich Strom nach dem Durchleitungsmodell angeboten. Sämtliche Kunden sollen innerhalb von 3 Jahren mit Strom aus Neuanlagen versorgt werden.

Nachteil des Greenpeace-Konzepts ist, dass keine Förderung durch das EEG in Anspruch genommen werden kann. Greenpeace Energy baut eigene Anlagen und leitet den Strom aus diesen Anlagen an seine Kunden durch, kann also keine Einspeisevergütung nach dem EEG kassieren. Auch Greenpeace Energy hat derzeit ca. 18.000 Stromkunden. Bislang hat der Ökostromversorger 7 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 2,5 MW gebaut. Derzeit plant Greenpeace Energy den Bau eines 5 MW Laufwasserkraftwerks an der Weser.

Lichtblick

Lichtblick ist der preiswerteste Ökostromanbieter und konnte daher schon sehr viele Kunden (ca. 85000) gewinnen. Lichtblick arbeitet nach dem Durchleitungsmodell und verspricht, 25% seines Gewinns in die Errichtung von Neuanlagen zu investieren. Das Problem ist allerdings, dass Lichtblick bisher keinen Gewinn macht. Zwar wird behauptet, dass trotzdem schon investiert wird, das ist aber nicht nachprüfbar.

NaturEnergie-AG

Die NaturEnergie-AG hat zwei verschiedene Tarife. Beide Tarife basieren auf dem Durchleitungsmodell. Beim teureren Tarif verspricht die NaturEnergie AG, 2,5 Cent pro Kilowattstunde in die Förderung

www.robinwood.de
info@robinwood.de

aktiv für die Umwelt !




GUTSCHEIN für ein Probeexemplar des
ROBIN WOOD-Magazins, einsenden an:
Robin Wood e.V. Postfach 102122 28201 Bremen

regenerativer Energien zu investieren. Ob das aber tatsächlich geschieht, ist schwer nachprüfbar. Die NaturEnergie-AG hat über 200.000 Kunden.

Naturstrom

Naturstrom bietet Strom nach dem Aufpreismodell an. Wie EWS und Greenpeace kann Naturstrom genau nachweisen, welche Anlagen gefördert werden, bisher gibt es 93 konkrete Projekte. Da die Anlagen nicht von Naturstrom selbst betrieben werden, kann auch die Förderung durch das EEG in Anspruch genommen werden. Bisher konnten 11.000 Kunden gewonnen werden.

Fazit

Ökostrom kann durchaus einen Beitrag zur Energiewende leisten. Interessant ist vor allem, dass die meisten Ökostromversorger auf ein dezentrales Energieversorgungskonzept setzen. Von der Förderung durch das EEG profitieren hingegen auch riesige Windparks und zukünftig auch Offshoreanlagen. Solche Großanlagen sind teilweise aus ökologischer Hinsicht fragwürdig, außerdem kann auf einer regenerativen Energie alleine kein neues, eigenständiges

Energieversorgungskonzept aufgebaut werden. Außerdem können an einer dezentralen Stromversorgung auch die Menschen vor Ort beteiligt werden. Nur so lässt sich erreichen, dass sich Menschen mit der Energieproblematik beschäftigen und den Sinn von regenerativer Energieerzeugung erkennen. Wenn ein Investor hingegen ohne Beteiligung der Menschen vor Ort einen großen Windpark baut, sehen die Menschen nur die negativen Auswirkungen, die es natürlich auch gibt. Anstatt einer Identifikation mit den Anlagen, wie z.B. bei den „Schönauer Stromrebell“ entstehen Bürgerinitiativen gegen Windparks. Problematisch ist allerdings, dass Ökostromversorger wie Lichtblick und NaturEnergie-AG, die zwar niedrige Tarife haben, deren Umweltnutzen aber nicht garantiert ist, die meisten Kunden gewinnen können. Mein persönlicher Favorit unter den Ökostromanbietern ist die EWS, aber auch Energreen, Greenpeace-Energy und Naturstrom sind sicherlich zu empfehlen.

Internetseiten der einzelnen Ökostromanbieter:

www.ews-schoenau.de
www.energgreen.de
www.greenpeace-energy.de
www.lichtblick.de
www.naturenergie.de
www.naturstrom.de

Florian Kubitz

Verleihung des Umweltpreises an den Berliner Umsonstladen entwertet!

Feierliche Bekundung für Freiräume in der Berliner Innenstadt

Heute fand in der Gartenschule des Berliner Bezirks Mitte/Wedding ein Fest zur Verleihung des Umweltpreises 2002/2003 statt.

Der Berliner Umsonstladen hatte an der offiziellen Ausschreibung des Preises teilgenommen und sich für den Preis beworben. Vor zwei Wochen bekamen wir dann Bescheid, das wir den zweiten Preis gewonnen hätten und zur Verleihungsfeierlichkeit eingeladen seien. Im idyllischen Schul-Lehrgarten des Bezirks, direkt in der Einflugschneise des Flughafen Tegel gelegen, war ein nettes Zeremoniell vorbereitet worden, um den PreisträgerInnen? in der Hierarchie ihrer Bewertung durch die Preisvergabejury (alles hohe Beamtenesselfpurzer) ihre Gewinne auszuzahlen. 250 Euro waren für uns zugeteilt.

Wir erschienen mit drei Personen zur Vergabefeier und wurden zunächst von dem kleinen Ständchen einer multikulturellen Kindergartengruppe begrüßt. Mehrere andere Schulklassen durchstöberten die Gebäude und den Garten nebenan und warteten ungeduldig auf Einlass zum Kuchenbuffet.

Nach und nach kamen die Preisträger an die Reihe und bekamen ihre Preisurkunde überreicht sowie das Geld ausgezahlt. Die Leiterin des Umweltamtes leitete dieses Prozedere mit den Worten ein, sie überreiche nun die Urkunden und schließlich - was ja noch wichtiger sei - das Geld, mit dem die Initiativen dann ja ordentlich weiter Umweltschutzmassnahmen machen könnten. Sie dankten artig den VertreterInnen? des Kreditinstituts BHW, welches den Preis gesponsort hatte und zwei Anzugträger mit einem Infostand abgestellt hatte. (Ob die dort gehofft hatten Bausparverträge mit den Kids abschliessen zu können???)

Ausgezeichnet wurden nun unter anderem Umweltmappen, Fassadenbegrünung und das Umweltmagazin „Rabe Ralf“, die Idee „gemeinschaftlicher Wohnprojekte“, ein Öko-Reiseveranstalter etc..

Schließlich kam die Reihe an uns.

Die Leiterin des Umweltamtes Frau Dr. Graefe leitete die Vergabe mit den Worten ein, nun käme ein ganz besonderes Projekt, welches sie sehr gut fände und wo sie meine, das es noch viel mehr davon geben sollte - überall, denn die Idee sei ganz wichtig und gut. Wir gingen nach vorne, und nahmen die Urkunde sowie das Preisgeld entgegen. Wir unterzeichneten brav auf dem Formblatt und sagten, dass wir gerne noch ein paar kurze Worten mit dem Mikro sagen würden (niemand hatte das zuvor getan). Nach



längerem Zögern gab uns Frau Dr. Graefe das Mikrofon. Sogleich nutzten wir die Gelegenheit in klaren Worten darzustellen, dass Umweltschutz weit mehr ist als Fassadenbegrünung, Mülltrennung und Naturschutz, sondern das es um eine radikale Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft gehen müsse. In diesem Sinne sahen wir uns durch die Vergabe des Umweltpreises an uns bestätigt. Es gehe jedoch auch um eine Alternative zur Geldökonomie und zur Lohnarbeit - kurz es gehe um neue Wertmaßstäbe für unser Handeln. Was soll nun ein Umsonstladen mit 250 Euro anfangen? Wir zeigten der versammelten Gruppe von Bürokraten, LokalpolitikerInnen?, LehrerInnen? und natürlich Kindern unmißverständlich, was wir damit tun: Wir zerrissen das Geld und warfen es weg. Wir wiesen darauf hin, dass wir das hierarchische Denken der Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft - welches der Preisverleihung zugrunde liegt - ebenso ablehnen wie die

Bewertung unseres Projektes in Preisgeld. Wir machten deutlich, das wir nicht Geld benötigen um zu machen, was wir wollen, sondern Freiräume - und zwar in der Berliner Innenstadt. Wenn Ihr unser Projekt unterstützen wollt, sagten wir mit Blick auf die PolitikerInnen?, dann versucht uns nicht mit 250 Euro abzuspiesen, sondern laßt uns unsere Frei-Räume:

Rigaer 94 und Umsonstladen bleiben.

Die OrganisatorInnen waren sehr aufgebracht und es waren Rufe zu hören wie „das sind doch Kinder hier“ oder „das ist ja unverschämt“ (Frau Graefe). Nachdem wir uns wieder unters Publikum gemischt hatten, wurde noch der Stand der BHW-Fritzen mit den Schriftzug „Kapitalismus zerstört“ verschönert.

Im Anschluss kam noch die Stadtbaurätin Frau Dubrau zum Fest, was uns dazu ermutigte nochmal das Gespräch zu suchen und Frau Dubrau ebenfalls in einem persönlichen Gespräch unser Verhalten zu begünden sowie sie darauf aufmerksam zu machen, das wir uns der Verdrängung alternativer Projekte aus der Berliner Stadtmitte entgegenstellen wollen und für den Erhalt dieser in der Stadtmitte eintreten. Frau Graefe meinte in diesem Zusammenhang für sie sei es klar, sie hätten bereits alles besprochen und für sie falle das unter die Kategorie des Pluralismus und der freien Meinungsäußerung und es stünde uns frei, so zu agieren, auch wenn sie dies nicht befürworte. Das Geld würden sie nun wieder zusammenkleben und an eine gemeinnützige Einrichtung spenden.

Im Anschluss an die Preisvergabe gingen wir noch zu den Projekt-Präsentationen im Gewächshaus, wo auch unser Projekt vorgestellt wurde und klebten ein Schriftband „entwertet“ quer über die Darstellung, legten unsere Info-Blätter dort hin und hängten einen Ausruck unserer Argumentation bei der Preisvergabe zum Lesen dort hin. Nettigkeiten am Rande: Nach und nach kamen vier Schülerinnen auf uns zu und fragten uns jeweils, warum wir das gemacht hätten und das sie gerne verstehen würden was wir damit bezwecken wollten. In einzelnen Gesprächen erklären wir ihnen dies

und siehe da, für sie war es nicht sehr schwer unsere Argumentationen gegen die Konkurrenz, für Kooperation und gegen da Wirtschaften mit Geld anzunehmen. Als wir für einen Moment allein am Rande standen, kam der Leiter der Einrichtung noch zu uns und ermahnte uns in strengem Ton dazu, keine „Schmierereien“ oder „Sachbeschädigungen“ anzurichten, da er uns sonst umgehend rausschmeissen und bei der Polizei anzeigen werde.

Zur Dokumentation folgt nochmal unsere Argumentation bei der Preisvergabe:

Umweltschutz ist mehr als Naturschutz, Mülltrennung und Fassadenbegrünung. Unsere kapitalistische Wirtschaftsweise mit ihrer expansiven und zerstörerischen Eigendynamik ist unvereinbar mit dem Gedanken eines friedlichen und ökologischen Zusammenlebens. Die Verleihung des Umweltpreises an den Umsonstladen sehen wir daher als sehr positiv an. Schliesslich sollte es nicht darum gehen, den Blick auf netze kleine öko-Basteleien zu verengen. Sondern eine grundlegende Alternative und neue „Werte“ für unser Handeln sind gefragt.

Der Umsonstladen stellt die Wertmaßstäbe dieser Gesellschaft an sich - nämlich Geld und Lohnarbeit - in Frage. Wir organisieren ohne Geld den Austausch von Gebrauchsgegenständen und führen damit ganz praktisch die Absurdität der kapitalistischen Wirtschaftsweise vor Augen:

* In ihr hat nur das Wert und Sinn, wofür auch Geld fließt.

* In ihr ist es rational, brauchbare Dinge wegzuschmeißen und täglich neu produzieren zu lassen - von Lohnarbeitssklaven bei uns und im Süden - weil man damit Profit machen kann.

* In ihr ist es rational, riesige Mengen an Geld und Arbeit in den Transport und die Lagerung von Müll zu stecken.

Wenige hundert Meter entfernt vom Hackeschen Markt, ist es uns gelungen, ein Projekt zu etablieren, das dem Trend der Kommerzialisierung und Juppisierung der Berliner Innenstadt etwas entgegensetzt. Mit Erfolg - wie wir denken. Doch die Spekulation sitzt uns im Nacken. Sie verlangt „Rechtssicherheit“, „Ordnung“ und „Rentabilität“. Wir hingegen verlangen „Freiräume“ - und zwar in der Innenstadt, da wo wir leben! Wir wehren uns dagegen, die Stadtmitte dem uneingeschränkten Kommerz zu überlassen.

Was soll nun ein Umsonstladen mit diesem Preisgeld anfangen? Um es kurz zu machen: (Zerreißen)

Wir wollen Euer Geld nicht!

Was wir wollen sind Freiräume in der Berliner Innenstadt!

Ihr habt die besten ökologischen Projekte gesucht und wollt die Ersten, Zweiten und Dritten mit Geld prämiieren - das ist ein hierarchisches Denken ganz im Sinne der Leistungsgesellschaft. Ihr wollt Konkurrenz und Bewertung auch unter den Leuten, die für eine andere Welt eintreten.

Doch wir wollen nicht bewertet werden! Wir wollen Freiräume, wo die Prinzipien von Konkurrenz, Leistung und ständiger Bewertung? nicht gelten. Wenn ihr uns etwas geben wollt, dann speist uns nicht mit Geld ab, an dem immer auch gleich Eure Logik klebt. Wenn Ihr unser Projekt unterstützen wollt, dann laßt uns unsere Freiräume.

Wir kämpfen für den Erhalt und den Ausbau selbstverwalteter Freiräume in der Berliner Innenstadt -Rigaer 94 und Umsonstladen bleiben!

Artikel und mehr Infos unter:
http://coforum.de/index.php4?Umsonstladen_Berlin

www.tauschringe.info

www.die-schenker.de

sehr philosophische bis ziemlich esoterische Seite über das Leben ohne Geld und Staat „Unser oberster Wert ist „Wahrheit“.... Gerade über eine richtige und wirkungsvolle Form von „Ausstieg“ aus den zerstörerischen Strukturen von Gewalt und Ausbeutung, Staat, Geld, „Kapitalismus“, „Coca-Cola-Internationalismus“ etc. sind wir gewiß konstruktive Gesprächspartner... All unser Tun ist „öffentlich“ (- ohne abgeschlossene Türen, Heimlichkeiten oder auch nur den Anspruch eines „gesonderten Privatlebens“ -) und zur Überprüfung offen...

www.anhalt.net/larana/texte/ds_frieden

Warum bin ich „ausgestiegen“ und lebe jetzt hier?- Ich wollte nicht länger Dinge tun, die ich eigentlich nicht will. Ich wollte nicht mehr für fremder Leute Reichtum arbeiten. Es hat mich angekotzt, jeden Morgen um 5.00 Uhr aufzustehen, um dann Dinge zu tun, die ich privat nie tun würde, den ganzen Tag mit Menschen zusammen zu sein, die ich nicht einmal in meinem Bekanntenkreis, geschweige denn als Freunde, haben möchte. Ich wollte nicht länger schweigen, nicht länger lügen, betrügen und stehen (alles ganz legal).

F r a u Schwermer, was haben Sie gegen Geld?

Ich habe nichts gegen Geld. Mir missfällt aber, was wir daraus gemacht haben. Geld ist heute

mehr als ein Tauschmittel - es definiert den Wert des Menschen. Habe ich viel, bin ich auch viel wert... Außerdem bedeutet Geld oft auch eine Trennung zwischen Menschen. Natürlich ist es angenehm, mit Geld zu bezahlen, aber es isoliert. Die Menschen gehen los, holen sich alles für Geld und haben den ganzen Tag keine Gespräche. Was ist Luxus für Sie?

Alles. Dass ich jetzt hier sitze. Dass ich rund um die Uhr mit sinnvollen Dingen beschäftigt bin. ...Ich will nicht in Portugal Urlaub machen - ich will die Welt verändern.

<http://home.t-online.de/home/luw.horstweyrich/schwer.htm>

-eher individuell-kommerzielle Vermarktung eines Ausstiegs vom Leben mit Geld ohne mit nur wenig tiefergehender Kritik



Alles und umsonst

Die Kleinanzeigenseite für alles, was es zu verschenken gibt. Sie finden auch, dass viele Dinge zu schade sind zum Wegwerfen?

Dann inserieren Sie doch einfach, was Sie nicht mehr brauchen und was Sie verschenken möchten. Machen Sie einem Menschen eine Freude und leisten Sie gleichzeitig einen Beitrag zum Umweltschutz.

Oder entdecken Sie, was andere so alles verschenken. Schauen Sie einfach mal vorbei unter:

<http://www.alles-und-umsonst.de>

Ratat-HUI

Bombodrom gefährdet Menschen und Tiere im Havelland

Mit der vom Bundesministerium der Verteidigung beabsichtigten Errichtung eines neuen Bombenabwurfgeländes bei Wittstock entstehen auch neue Gefahren für Tiere und Menschen im Havelland. Darauf macht die Grüne Liga Brandenburg aufmerksam. Die Routen der Ausflugskorridore, die die Flugzeuge im Tiefflug durchquerten würden sowohl von seltenen Vögeln als auch von Segelfliegern durchquert. Beide werden nicht vom Radar erfasst. Der Weiteren sei ein Gebiet betroffen, in dem im Herbst zahlreiche Kraniche, sowie Wildenten und Wildgänse rasteten.

Die von der Bundeswehr im Rahmen der gerichtlich angeordneten Anhörung der vom Bombodrom direkt betroffenen Gemeinden vorgelegten Planungen sähen vor, dass der neue Truppenübungsplatz von Norden her angefliegen werde. Nach Abschluss der Kampfübungen sollen die Flugzeuge dann den Platz im Süden Richtung Kyritz) oder Südosten (Richtung Neuruppin) verlassen. Die Ausflugskorridore seien dabei zwar nur einige Kilometer weit in den Unterlagen verzeichnet, bereits seit längerem aber existiere ein Tiefflugskorridor, der von Wittstock aus genau nach Süden Richtung Belzig geht. Bereits mehrmals sei dabei unter anderem die Brut der seltenen Großtrappe gestört worden, auch berichteten Segelflieger von Beinahekollisionen mit Bundeswehr-Tornados in der Umgebung des Landeplatzes Lüsse bei Belzig. Die Bundesluftwaffe soll diesen Korridor bereits genutzt haben, es gibt Augenzeugenberichte, dass Neuruppin in geringer Höhe überflogen wurde. Behielten die Flugzeuge diese Richtung bei, werde das Rhinluch erreicht, jenes Gebiet, in welchem im Herbst bis zu 50.000 Kraniche und Zehntausende Wildenten und Wildgänse rasten, um sich auf den Zug in die Winterquartiere vorzubereiten. Tiefflüge seien aber im Gegensatz zu Zivilflugzeugen besonders problematisch, da aufgrund der hohen Geschwindigkeit plötzlich erhebliche

Lautstärken auftreten, die zu Schreck- und Panikreaktionen führen, so die Kritik. Besonders in den Abendstunden, wenn sich die Kraniche an den Rastplätzen sammeln, würde unvorbereitet auftretender Tieffluglärm erhebliche Schreckwirkungen zur Folge haben. Tausende Kraniche gerieten in Panik, Familienverbände würden zerrissen, die Jungkraniche würden viel Energie bei der Suche nach den Eltern verlieren und wäre diese erfolglos, könnte dies den Tod der Jungtiere bedeuten, da sie für den Flug in die Winterquartiere der Führung durch die Eltern bedürfen. Zudem ginge durch hektisches Umherirren Energie verloren, die Kraniche würden noch mehr Futter benötigen. Dabei seien bereits jetzt sehr häufig Klagen der Bauern über die auf ihren Feldern von den Vögeln verursachten Schäden zu hören.

Für das Rhinluch, insbesondere die Orte Linum, Kremen und Sommerfeld, sei bereits jetzt der Tourismus ein wichtiges wirtschaftliches Standbein. Neben der Ruhe ist vor allem das Erlebnis der hier noch sehr reichhaltigen Vogelwelt ein touristisches Potenzial. Genau dieses würde durch militärischen Tiefflug in dieser Region gefährdet. Gefährdet wäre aber auch die Gesundheit der dort lebenden Menschen und der Patienten der Klinik in Sommerfeld. Und zudem bestehe die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Tornados der Bundeswehr und Vögeln sowie Privatflugzeug- und Segel- beziehungsweise Ballonfliegern.

Aktionstage s. S: 23 unter Termine Juli!

EU plant Chemikalien-Tierversuche

Helft mit, das gigantische Tiermassaker zu verhindern!

Die EU-Kommission hat nun das lang erwartete Konsultationsdokument zum Entwurf des EU-Regelwerks fuer Chemikalien veröffentlicht. Es umfasst 1200 Seiten und schreibt Dutzende von äusserst qualvollen Tierversuchenvor. Noch können wir das gigantische Tiermassaker, bei dem bis zu 50 Millionen Tiere vergiftet werden sollen, verhindern. Bis zum 10. Juli kann jede Or-

ganisation, jede Firma, jeder Bürger seine Kommentare zu dem Entwurf abgeben. Das Dokument liegt dazu im Internet. Für den Kommentar soll ein Formular verwendet werden, das ebenfalls im Internet zum Herunterladen oder Online-Ausfüllen bereit liegt.

Der Bundesverband Menschen für Tierrechte und die Aerzte gegen Tierversuche werden eine detaillierte Stellungnahme einreichen. Es ist aber wichtig, dass möglichst viele EU-Bürger mit ihren Kommentaren unsere Forderungen unterstützen. Das Ausfüllen des Formulars ist etwas aufwändig. Bitte nehmen Sie sich etwas Zeit und machen Sie mit!

Schon an dieser Stelle herzlichen Dank an alle, die mitmachen!

Wir zeigen Schritt für Schritt, wie es geht. Bitte klicken Sie hier:

<http://tierrechte.de/p200060002000x1002.html>

Multivisionsshow - Für Schulen kostenfrei

Eigentlich vertreten sie gegensätzliche Interessen, doch für das Bundesprogramm Ökolandbau haben sich die BUND-Jugend und der Bund der deutschen Landjugend (BDL) zusammengetan und ein gemeinsames Projekt auf die beine gestellt: Die Multivisionsshow Landwirtschaft.

Die Show wurde durch Bundesverbraucher-schutzministerin Künast auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin vorgestellt und wird nun ein Jahr in deutschen Schulen gezeigt. Künast lobte die enge Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen aus Landwirtschaft und dem Umweltschutz. „Das gelungene Ergebnis motiviert hoffentlich Viele zu ähnlichen Kooperationen.“

Die Multivisionsshow präsentiert mit Sound, Filmen und Bildern die Themen Landwirtschaft und Ernährung. Sie liefert Hintergründe, Zusammenhänge und Fakten über konventionellen und ökologischen Landbau und will dazu anregen, sich mit der eigenen Ernährung und dem eigenen Konsumverhalten auseinander zu setzen. Par-

allel zur Multivision besucht ein Jugend-Aktions-Truck des Bundesprogramms ökologischer Landbau die Schulen. Die gesamte Unterrichtseinheit dauert etwa zwei Schulstunden und ist konzipiert für SchülerInnen der 7. bis 10. Jahrgangsstufe der Schulformen Realschule, Hauptschule und Gymnasium.

Show und Aktionstruck können ab sofort kostenfrei bei der Gesellschaft für Umwelt- und Sozialbildung Hamburg bestellt werden, Tel: 040-4162070, Fax: 040-41620777. Ein vorläufiger Tourenplan ist einsehbar unter www.landjugend.de.

BBU bietet Vorträge an

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) ist der älteste Umweltverband Deutschlands und ein Dachverband von ca. 150 Umweltschutz-Bürgerinitiativen und einigen kleinen Umweltverbänden. Die Bekanntesten sind die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und die Aktionskonferenz Nordsee sowie Greenpeace. Beim BBU kann ein umfangreiches Angebot an Vorträgen nachgefragt werden.

Neben Themen aus dem Bereich Klima- und Energie sind auch Themen aus den Bereichen Abfall und Verkehr oder z.B. eine kritische Darstellung von Ökosteuer-Konzepten im Angebot.

Die Kosten betragen in der Regel 200 Euro Aufwandsentschädigung plus Reisekosten für einen Vortrag. Organisationen und Personen, die Mitglied des BBU sind, erhalten 60 Euro Rabatt.

Kontakt:

BBU, Prinz-Albert Str. 73, 53113 Bonn

Tel: 0228/214032, BBU-Bonn@t-online.de



Fremde sind herzlich willkommen

Das „Schlafbuch“ bringt Menschen ins Gespräch

Was verhindert Gewalt, was lässt Menschen einander verstehen? Die Antwort liegt auf der Hand: der menschliche Kontakt, das Gespräch. Eben dies fördert die Initiative „Schlafbuch der Erdenbürger“ aus der brandenburgischen Kleinstadt Belzig, auf halbem Weg zwischen Berlin und Leipzig gelegen. Bereits über 1000 Menschen aus ganz Deutschland und anderen europäischen Ländern bieten über das Schlafbuch Gastfreundschaft für Fremde an.

Das „Schlafbuch der Erdenbürger“ ist eine Adressensammlung von gastfreundlichen Menschen, die gerne bereit sind, Reisenden für kurze Zeit ein Schlafquartier anzubieten. Wenn jemand auf Reisen gehen will, schaut er im Schlafbuch nach der geeigneten Adresse und ruft dort an, um alle Einzelheiten abzuklären. Im Gegenzug bietet er auch die gleiche Leistung bei sich für die anderen NutzerInnen an.

Der Name Schlafbuch der Erdenbürger ergibt sich aus dem Umstand, dass zum einen Schlafadressen in Buchform angeboten werden und dass die Menschen, die dabei mitmachen sich als Erdenbürger fühlen; Menschen, die neben den Rechten auch die Pflichten eines Bewohners dieses Planeten wahrnehmen. Das heißt, sie kümmern sich darum, dass diese Welt auch für künftige Generationen bewohnbar bleibt, und zwar so, dass dabei auch die gesamte Natur respektiert wird. Viele der NutzerInnen des Schlafbuchs sind in Initiativen oder Gruppen tätig, die sich mit sozialen Problemen, Umweltschutz, Gewerkschaftsarbeit, Heilung, Frieden, etc. beschäftigen. Aber auch Menschen und Familien ohne solche Interessen drücken darüber ihre Teilnahmen an einem gemeinsamen Miteinander und für Gastfreundschaft aus.

Jedes Jahr im Februar wird das Buch aktualisiert und an die NutzerInnen verschickt. Die dadurch entstehenden Kosten tragen die NutzerInnen gemeinsam durch einen Jahresbeitrag von mindestens 12 Euro. Dazu kommt ein einmaliger Aufnahmebeitrag von 5 Euro.

Weitere Informationen sind per frankiertem Rückumschlag erhältlich beim Schlafbuch der Erdenbürger, Pf 1110, 14806 Belzig oder im Internet unter www.schlafbuch.de.

692.000 Tote auf deutschen Straßen in den letzten 50 Jahren

Straßenverkehr hat mehr Menschen getötet als der gesamte Jugoslawienkonflikt ab 1990.

"Der deutsche Autowahn hat eine Opferbilanz, die mehr als doppelt so hoch ist wie die des Krieges gegen Jugoslawien. Es ist erschreckend, mit welcher Selbstverständlichkeit unsere Gesellschaft diese Horrorbilanz hinnimmt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind in den letzten 50 Jahren 692.000 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen in Deutschland getötet worden. Zusätzlich werden jedes Jahr rund 500.000 Menschen durch Straßenverkehr größtenteils schwer verletzt.

<http://www.destatis.de>

Das Mehdorn-Pfand

Kann mal bitte jemand den aktuellen Sachstand beim Dosenpfand erklären? Das Rücknahmesystem kommt oder auch nicht, dafür gibt es keine Pfandpflicht für kohlenstoffhaltige Milchmischgetränke, außer, sie enthalten Alkohol, wiederum aber nicht, falls sie in dosenähnlichen... Dieses Chaos muss ein anderes werden - und das schafft nur einer: Hartmut Mehdorn. Erst einmal würde er mit dem Prinzip aufräumen, dass jede Dose nur einen Preis und ein Pfand hat. Wer sein Six-Pack beispielsweise mehrere Monate im voraus bestellt, würde von der Pfandpflicht befreit, Spontankäufer dagegen müssten doppelt zahlen. Wer kurz vor Dosenöffnung plötzlich von Tuborg auf Warsteiner umsteigen will, hätte mit einer hohen Stornogebühr zu rechnen, die wiederum beim Umsteigen auf alle alkoholfreien Getränke reduziert würde. Die „Pfand-Card“, ein Jahr im voraus erworben, brächte 25 Prozent Ermäßigung, allerdings nicht in den drustfördernden Wetterlagen über 30 Grad Celsius. Ein Nachteil des Mehdorn-Pfandes sei nicht verschwiegen: Beim Kauf von Cola an der Imbissbude kann es zu Verzögerungen bis zu zwei Stunden kommen. Beschwerden sind zwecklos.

Mit freundlicher Genehmigung entnommen: Berliner TAGESSPIEGEL v. 14.06.2003

Laden Sie sich diesen sympathischen Vogel ein - machen Sie



Ernst mit Ralf!

Ich bestelle den RABEN RALF
 ab der nächsten Ausgabe
 ab Monat

Den Betrag von 10 € (oder mehr) überweise ich halbjährlich auf das Konto der GRÜNEN LIGA Berlin e.V., Nr. 306 05 02 bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Verwendungszweck: „Zweckgebundene Spende RABE RALF“ Bei Beträgen über 10 € unbedingt auf dem Überweisungsschein den Zeitraum angeben, für den die Einzahlung erfolgt. Diese Vereinbarung verlängert sich automatisch, wenn sie nicht gekündigt wird. (Spenden sind steuerlich absetzbar.) Ich habe das Recht, diese Vereinbarung jederzeit aufzukündigen.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum

Unterschrift

Sie erleichtern uns die Arbeit mit einer Lastschrifteneinzugsermächtigung: Hiermit bitte ich Sie widerruflich, von meinem Kto. Nr.:

Bank:

BLZ:

ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt halbjährlichen Betrag von je 10 € als „Zweckgebundene Spende RABE RALF“ für die Verrichtung der Zeitschrift per Lastschrift einzuziehen. Mir ist bekannt, dass das Kreditinstitut eine Teilentlösung von Lastschriften nicht vornehmen kann. Mir ist ferner bekannt, dass eine Änderung oder Löschung dieser Einzugsermächtigung bis 1 Monat vor Ausführungstermin berücksichtigt wird.

Datum

Unterschrift

Verschenken!

DER RABE RALF geht nicht an mich, sondern an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

GRÜNE LIGA Berlin e.V.
 c/o Redaktion Der Rabe Ralf
 Prenzlauer Allee 230
 10405 Berlin

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen Landesverband Berlin e.V.



„Horch + Kuck“ mit Nachwuchssorgen?

Woran mag es liegen beim Bundesnachrichtendienst? Hat die Terrorismusbekämpfungsbegeisterung in der Bevölkerung schon wieder so stark nachgelassen, dass sich nicht genügend aufmerksame Bürger finden? Haben zu viele anti-repressionsgeschulte Linke den Herren vom BND die Tür vor der Nase zugeknallt? Ist in unserer Lifestylegesellschaft vielleicht einfach nur das Tragen von Schlapphüten ausser Mode gekommen? Fragen über Fragen, nur eines scheint sicher: wenn der BND es nötig hat, sich auf Firmenkontaktmessen zu präsentieren wie Ende April auf der connecticum-Firmenkontaktmesse an der FTHW Berlin, scheint er Nachwuchs tatsächlich dringend zu suchen. Für uns bleibt zu hoffen, dass sie sich dabei genauso dumm anstellen wie bei manchen Spitzelanwerbversuchen und nicht einmal die heute üblichen karrieresüchtigen HochschulabsolventInnen von sich überzeugen können!

Tierschutzmagazin The Voice soll platt gemacht werden

Totalitäre Sekte verleumdet Kritiker und verklagt das Tierrechtmagazin VOICE, nachdem es kritisch berichtete.

Lange lief alles gut mit Universelles Leben (UL). Die Sekte schaltete Anzeigen im Tierrechtmagazin VOICE, machte Seminare zum Thema "Jagd abschaffen" z.B. an der TU Berlin im August letzten Jahres und stieg immer tiefer in die Tierschutzszene ein. Ein weiteres Jagd-abschaffen-Seminar u.a. von UL soll für August 2003 geplant sein.

Doch die Redaktion und Geschäftsführung von VOICE schaute Mitte letzten Jahres mal genauer hin und veröffentlichte im VOICE-Heft Oktober 2002 die Ergebnisse einer monatelangen Recherche zur UL.

Seitdem wird das VOICE-Magazin vom UL-Anwalt Sailer auf der Grundlage einer Unterlassungsklage mit Ordnungsgeldanträgen überzogen. Das vom Würzburger Anwalt Ulrich Heidenreich vertretene Magazin ist am 28.2. im Revisionsverfahren

von der 24. Kammer des Hamburger Landgerichts zur Unterlassung und Anfang Mai zu 1500 Euro Ordnungsgeld und 400 Euro Gerichtskosten verurteilt worden. Die Berufungen gegen die Ordnungsgelder stehen noch aus. Aber auch die Verleumdungskampagne reisst nicht mehr ab:

Im Vorfeld eines Benefizkonzertes am 6.6.03 in Mannheim versuchte die totalitäre Sekte nicht nur die Bands am Auftritt zu hindern sondern die 2. Vorsitzende des Vereins Universelles Leben e.V., Julia Brunke, setzte per Brief an die Tierschutzbewegung die Lüge in die Welt, das größte und unabhängige VOICE-Tierschutzmagazin „sei eine Allianz mit der Amtskirche und der Jägerschaft eingegangen“.

Die Redaktion meint: „Diese Vorwürfe sind pure Erfindung und dienen lediglich dazu, das Magazin weiter zu schwächen. ... Der Sekte ist bewusst, dass wir nicht einen vergleichbaren wirtschaftlichen Hintergrund vorweisen können ... Wir sind auf Spenden - oder wie am 6. Juni auf Besucher eines Benefiz-Konzertes - angewiesen, um die (politischen wie juristischen) Angriffe der Sekte abzuwehren.“

Auf sachlicher Ebene rechnet sich die Sekte anscheinend keinerlei Chancen aus, was auch erklären würde, warum die faschistoide Sekte stets darauf achtet, den VOICE-Bericht über UL vom Oktober 2002 aus allen Gerichtsverfahren rauszuhalten.

Die VOICE-Herausgeber und Redaktion bitten um Eure Unterstützung:

Spendenkonto:

Vereinigte Volksbank Rödermark e.G.
 BLZ: 508 644 21,
 Konto: 300 507 962
 Kontoinhaber: Andreas Hochhaus
 Betr: Spende gegen UL

Kontakt/Presse/Redaktion:

Hermannstr. 39, 63069 Offenbach
 Tel: 069/848489-87, Fax: 069/848489-88
 Funk: 0171/1202299,
 presse@voice-online.de

Zum Hintergrund:
www.voice-online.de/#01

Zum Verlauf der Geschehnisse:
www.voice-online.de/presse

Das Magazin ist Mitglied im Bundesverband zum Schutz vor Rechtsmißbrauch e.V.

Literatur

greenpepper magazine

Das greenpepper magazine ist ein Magazin zu aktuellen Umwelt- / Sozial- und Gesellschaftsthemen. Meistens werden diese Themen auch mit den Punkten Direkte Aktionen / Alternatives Leben verknüpft. Es wird vierteljährlich von eyfa herausgegeben und behandelt schwerpunktmäßig ein Thema in englischer Sprache. Auf meist 32 Seiten werden von verschiedenen Autoren aus Europa einzelne Bereiche des Schwerpunktes ausgeleuchtet. Im Themenheft zum Thema borders geht es u.a. um folgende Topics:

- Borderpanic! - White imperialism and illegality
 - Labour, Unions, Migrants and Race
 - Resistance to borders around the world
 - Migration and the environment
 - Up against the walls of fortress europe
 - The Schengen Information System
- und weitere Artikel zu dem Thema borders. Die Qualität der Artikel ist durchgehend sehr gut und bietet leichtverständlich einen vielfältigen Einblick in ein Thema. Die Stärke des Magazines ist es, dass es genug Autoren gibt, so dass sehr unterschiedliche Sichtweisen in den Artikeln dargestellt werden können. Das Magazin ist sehr unkonventionell modern layoutet und existiert immerhin schon seit 10 Jahren. Die letzten 4 Hefte erschienen zu den Themen
- Summer 2002 - Free Trade Area of the Americas - solidarity is the tenderness of the people
 - Autumn 2002 - borders
 - Winter 2002 - redefining terrorism
 - Spring 2003 - Water issues, struggles, ideas & reflexions from a grassroots perspective

Das Heft ist zu beziehen über:
 e-mail: greenpep@eyfa.org
 Post: CIA Office, Overtoom 301
 1054 HW, Amsterdam, Netherlands
 Phone: 31 (0)20 6831021
<http://squat.net/cia/gp>

COPERNICUS in Lüneburg

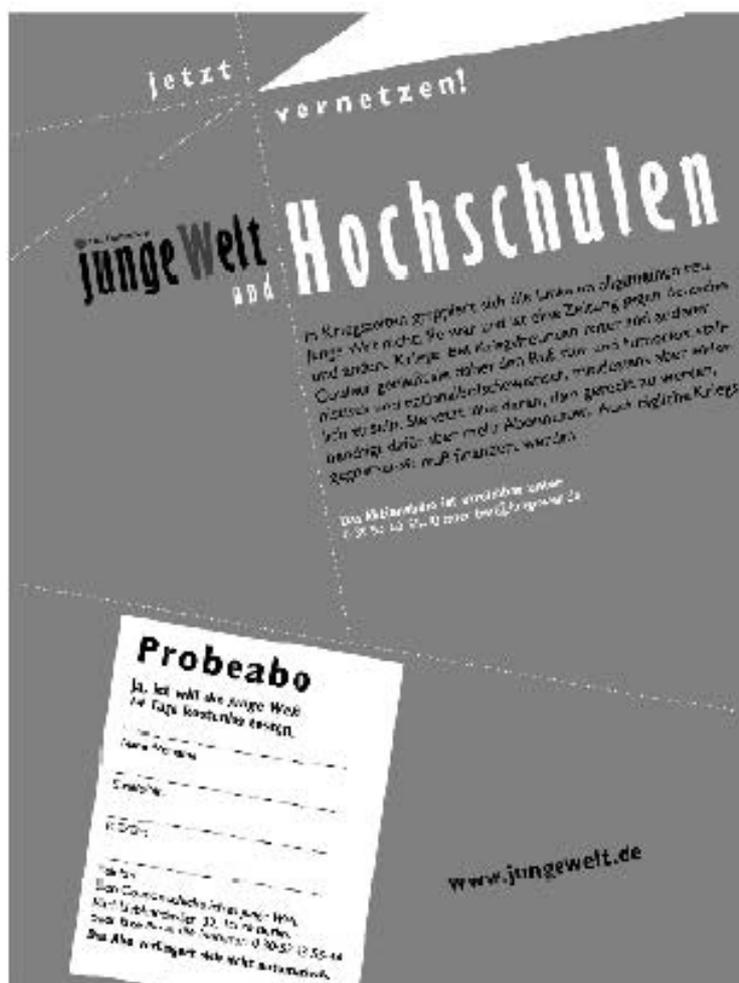
Higher Education in the Context of Sustainable Development and Globalization

herausgegeben von Rietje van Dam-Mieras, Gerd Michelsen, Hans-Peter Winkelmann

Dieses Buch ist in englischer Sprache verfasst und behandelt die Umsetzung der Copernicus-Charta an verschiedenen europäischen Hochschulen und weltweite Projekte zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Zuerst wird der Nachhaltigkeitsbegriff und die Entwicklung und mögliche Einführung eines Nachhaltigkeitskonzepts in modernen Gesellschaften un-

tersucht. Anschließend gehen die Autoren auf die Rolle der Erziehung für eine weltweite nachhaltige Entwicklung ein und stellen unterschiedliche Formen der Wissensvermittlung und Weiterbildung vor. Dabei werden besonders die Bedeutung und die Möglichkeiten des e-learning hervorgehoben. Schließlich wird an Hand von unterschiedlichen Projekten und Programmen an Hochschulen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 gezeigt, wie in der Praxis versucht wird, das Nachhaltigkeitskonzept in die Hochschulen zu integrieren. Zuletzt wird auf die Bedeutung von Umweltleitlinien, von Umweltnetzwerken (COPERNICUS) und den ethischen Rahmenbedingungen (Earth Charter) eingegangen.

erschienen bei VAS-Verlag für akademische Schriften, 253 S., ISBN 3-88864-357-0



Neue Materialien zu Direkter Aktion und kreativem Widerstand

CD "Direct Action"

Diese CD-ROM hat es in sich ... sie steckt einerseits voller Daten zu kreativem Widerstand, Umweltschutz von unten und direkter Aktion (z.B. alle verfügbaren Ö-Punkte, Direct-Action-Broschüren, Zeitungen zu großen Aktionen der Vergangenheit usw.).



Andererseits enthält sie die Programmsammlung "Safework" mit dem ein spurenfreies Arbeiten auf dem Computer möglich ist. Die CD gibt's für 5 Euro in der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, projektwerkstatt@apg.lahn.de oder über www.projektwerkstatt.de/materialien.

Direct-Action-Heftchen

Das wird eine offene und bunte Reihe - kleine Heftchen zu speziellen Themen im kreativen Widerstand. Immer gibt es einen Einstieg ins Thema, also ein paar theoretische Backgrounds. Und dann hagelt es konkrete Tipps für einen widerständigen Alltag und politische Aktionen. Die Heftchen haben A5-Format und 16-20 Seiten. Jedes kostet 1 Euro, mensch kann sich aber auch die Druckvorlagen als PDF selbst aus dem Netz ziehen und ausdrucken. Schön ist, wenn die Hefte überall nachgedruckt/-kopiert und verteilt werden.

Bisher erschienen:

- Knast (Aktionen gegen Knäste und Strafjustiz)
- Diskriminierung im Alltag (gegen die tägliche sexistische, rassistische und andere Unterdrückung und Normierung)
- Subversive Kommunikation (verstecktes Theater, Fakes, Kommunikationsguerilla usw.)
- Aneignung jetzt! (Häuser und Flächen besetzen, Fabriken aneignen, Umweltschutz von unten)

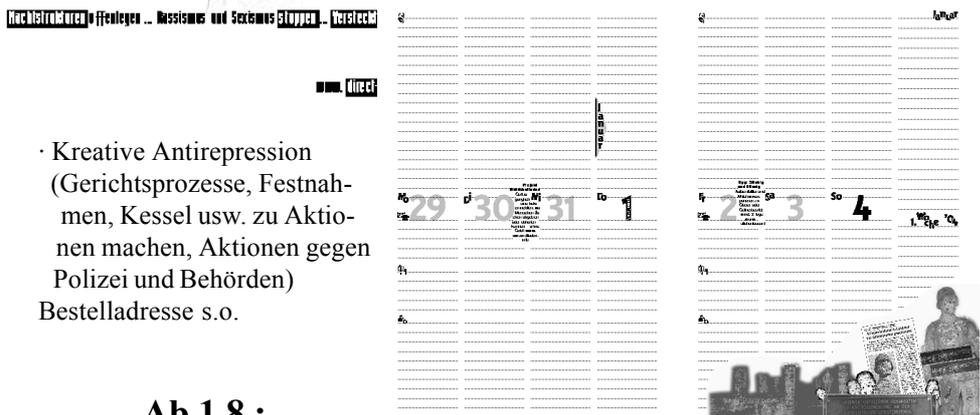
Aktionstipps und ein übersichtlich-kreatives Kalendarium. Zudem soll er möglichst preiswert sein - vor allem für alle, die für ihre Gruppe, Region, Stadt oder zum Weiterverkauf gleich eine Sammelbestellung machen. 1 Exemplar wird 4 Euro kosten, bis 10. August (d.h. auch noch auf den großen Sommercamps dieses Jahres, wo der Kalender bereits vorliegen soll!) nur 3 Euro. Und wer 10 oder mehr abnimmt, bekommt ihn für 2 Euro/Stück (jeweils plus Porto). Das ist ein Wort, oder?

Weitere Daten zum neuen Projekt:

- HerausgeberInnen: Kooperation verschiedener Basisgruppen im Umwelt-, Friedensbereich, Attac, Projektwerkstätten usw.

Inhalte:

- Übersichtliches Kalendarium (1 Woche pro Doppelseite)
- Kurztipps, Jahrestage usw. im Kalender
- Kurze Texte, Berichte, Reportagen und mehr rund herum (viele Fotos)
- Aktionsmethoden vorgestellt, z.B. verstecktes Theater
- Serviceteile (Adressen, www-Übersichten usw.)



- Kreative Antirepression (Gerichtsprozesse, Festnahmen, Kessel usw. zu Aktionen machen, Aktionen gegen Polizei und Behörden)

Bestelladresse s.o.

Ab 1.8.:

Taschenkalender "Seattle, Genua, überall 2004"

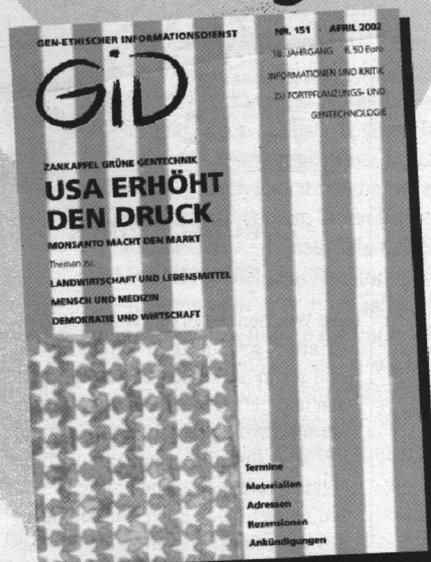
Yeah ... ein neuer Aktionskalender ist geboren worden und erscheint für das Jahr 2004 erstmals. Das wird sich lohnen. Der Kalender enthält Hunderte konkreter

Im Netz: www.projektwerkstatt.de/kalender

Bestelladresse:

Umwelt- und Projektwerkstatt Saasen
Ludwigstr. 11
35447 München
Tel: 06401 / 90328 - 3, Fax: -5
projektwerkstatt@apg.lahn.de
<http://www.come.to/projektwerkstatt>

Gentechnologie ist die Antwort Was aber war die Frage?



SCHNUPPER-ABO FÜR EIN HALBES JAHR NUR 15 €

Probeheft: 3,50 €
Einzelheft: 6,50 €
plus Porto

JAHRESABO

Einzelperson: 42 €
Organisation: 84 €

GID

Gen-ethischer Informationsdienst
Brunnenstraße 4, 10119 Berlin
Telefon 030/685 70 73
Fax 030/684 11 83
gid@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Brot für die Welt (Hrsg)/Beate Wörner Von Gen-Piraten und Patenten

Schon drei Jahre alt, aber immer noch hochaktuell ist diese kurze, kompakte und gut verständliche Einführung in das Thema Biopiraterie. Anhand diverser Beispiele wie dem Streit um den Neem-Baum wird erläutert, was Biopiraterie ist und warum sie nicht nur die Artenvielfalt sondern auch die Lebensgrundlage vieler Menschen in der dritten Welt bedroht und durchaus als moderner Kolonialismus bezeichnet werden kann. Das Buch bietet zudem eine verständliche Einführung in das moderne Patentrecht und seine Geschichte sowie Informationen zum TRIPS-Abkommen und zur WTO. Die knapp 100 Seiten sind schnell



gelesen und die vielen (Internet-) Quellenangaben erleichtern die weitere Beschäftigung mit dem Thema.

Archiv des GenEthischen Informationsdienstes erschienen

Ein einmaliges Nachschlagewerk mit mehr als 10000 Artikeln! Journalisten und all, die sich aktiv im Bereich der Gentechnik beschäftigen, warten schon lange darauf - nun ist die GID-CD endlich erschienen. Über 17 Jahre Kritik zu Fortpflanzungs- und Gentechnologie auf einer CD, vom Februar 1985 bis Dezember 2001 (GID Nr.1-149, mit Volltextsuche)

Stückpreis 30 Euro, für Mitglieder (des GEN) 20 Euro zzgl. Versandkosten Systemvoraussetzungen: Windows ab Version 95 und Mac ab OS 8

Weitere Informationen und Bestellformular unter www.gen-ethisches-netzwerk.de/gen/html/aktuell/veran.html oder bestellen unter gen@gen-ethisches-netzwerk.de

Biopiraterie im Internet

Infos zum Thema Biopiraterie und zu Patenten auf Leben findet ihr unter anderem unter: www.biopiraterie.de, www.gen-ethisches-netzwerk.de, www.miserior.de

Spaziergehen und Wandern mit Bahn und Bus

Der FUSS e.V., Fachverband Fußverkehr, hat die Möglichkeiten für eine bessere Verknüpfung von Fernwanderwegen mit dem Netz des öffentlichen Personennahverkehrs untersucht und am Beispiel Brandenburg-Berlin exemplarisch dargestellt. Das mit Mitteln des Umweltbundesamtes und des Bundesumweltministerium geförderte Projekt zeigt auf, dass Wandern auch ohne Autoanfahrt möglich ist. Etwa 75 Prozent des 1200 Kilometer umfassenden Weitwanderwegenetzes im Land Brandenburg hat eine ausflugsgerechte Anbindung mit Bus und Bahn an den Ballungsraum Berlin. Knapp die Hälfte der Wegeabschnitte ist sogar mit einem mindestens 2-Stunden-Takt erreichbar. Selbst für die Problembebereiche konnte der FUSS e.V. kostengünstige konkrete Vorschläge einer besseren Anbindung machen, da mitunter lediglich die Buslinie über eine Kreisgrenze zu führen ist. Leider bestätigt das Projekt vergleichbare Untersuchungen, die aufzeigten, dass der ökologisch orientierte Tourismus für Gemeinden mitunter nur eine Übergangstrategie darstellt. Auch in Brandenburg sind die touristischen Highlights oft nur noch mit dem Auto erreichbar. Wenn die Touristen kommen, interessiert kaum noch, ob der Ort auch für Nichtautofahrer erreichbar ist. Der Projekt-Bericht „Ein Ausgeh-Modell“ soll Praktiker ermuntern, sich Wanderwege in Deutschland auch einmal aus dieser Sicht anzusehen und Möglichkeiten zu sondieren. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Die Internet-Präsentation zeigt einen Teil der Werbestrategie und bietet Berlinern bereits ganz konkrete Hilfestellung für einen Ausflug mit Bahn und Bus und einer Wanderung im Land Brandenburg. Broschüre: Ein Ausgeh - Modell. Modellhafte Verknüpfung des Weitwanderwegenetzes mit dem Netz des ÖPNV im Großraum Brandenburg-Berlin. Analyse, Handlungsempfehlungen, Aktion, 144 Seiten, 26 Abbildungen, März 2003, Preis: 13,00 EUR

Bestellen:

Gemeinschaftsbüro
UMKEHR e.V. und FUSS e.V.
Exerzierstraße 20, 13357 Berlin
Tel: 030/492 74 73, Fax: 030/492 79 72
info@umkehr.de
Website des Projektes:
www.wander-bahnhoefe-brandenburg.de

Das FUI

Das FUI/HUI ist der Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologearbeit. Die Mitglieder der BSÖ beziehen es 1 x im Quartal (2 x im Semester) kostenlos, alle anderen können es für 10 Euro pro Jahr abonnieren.

Einzelexemplare des Hochschul-Umwelt-Infos können gegen 2,50 Euro in Bar oder Briefmarken in der Geschäftsstelle angefordert werden. Sie befinden sich aber auch zum Runterladen ohne Graphiken größtenteils als pdf-Dateien auf unserer Internetpräsenz.

Die BSÖ

Im November 1992 wurde das Netzwerk BSÖ e.V. gegründet, um die Aktivitäten der Umweltgruppen, Öko-Referate und umweltinteressierten Studierenden zu vernetzen und eine Informationsstelle für die Einbindung des Umweltschutzes in die Hochschule zu schaffen. Ziel der BSÖ ist es eine verstärkte Umsetzung des Umweltschutzes in der Lehre, der Forschung und im praktischen Betrieb der Hochschulen und der Studierendenwerken zu erreichen sowie das Umweltbewußtsein aller Hochschulangehörigen auch weiterhin zu fördern. Außerdem soll u.a. die Verankerung des Umweltschutzes und der Umweltbildung in die Landeshochschulgesetze erreicht werden. Außerdem beschäftigt sich die BSÖ natürlich auch mit allgemeinen politischen Themen nicht nur aus dem Bereich Umweltschutz. Weitere Infos gibt's in unserer Geschäftsstelle oder bei den AnsprechpartnerInnen für bestimmte Themen. (siehe nächste Seite).



BSÖ-Newsletter: Über die **BSÖ-Mailing-Liste** „bsoe-news“ könnt Ihr einen Newsletter rund um die BSÖ abonnieren.

Eintragen per eMail:

To: bsoe@fs.tum.de

Subject: bsoe-news
subscribe

Bankverbindungen:

Bundeskoordination Studentischer Ökologearbeit
Volksbank im Harz e.G.,
BLZ 268 914 84, Kto-Nr.: 5308200

www.bsoe.info

Impressum

FUI
Hochschul-Umwelt-Info
Infodienst der BSÖ

Herausgeberin: BSÖ e.V.,
c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Tel: 030/20931749

Redaktion: Florian, Jörg, Maria,
Oli B., Oli St., Sigrid, Uli

Verantwortlich: Ehlert Engel

allgemein und für alle nicht gekennzeichneten Artikel:

Oliver Bäsener, Große Str. 33,
21075 Hamburg Harburg

für den Schwerpunkt:

Maria Deiglmayr, Neuburger Str. 54 a
86167 Augsburg

Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Unterzeichnenden selbst verantwortlich. Sie entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion

Auflage: 500 Exemplare

Druck: AStA-Druckerei der Uni
Oldenburg, 26111 Oldenburg

Coupon

Ich will AbonnentIn/Mitglied werden

- Ich/Wir möchte/n der BSÖ beitreten.
Schickt mir/uns bitte eine Beitrittserklärung.
- Ich/Wir möchte/n das HUI beziehen:
- ein Abo für 10 Euro/Jahr
 - weitere Abos für je 10 Euro/Jahr

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Ort, Datum, Unterschrift:

Coupon bitte einschicken an:

BSÖ e.V., c/o RefRat HU
Unter den Linden 6, 10099 Berlin
Tel: 030 / 2093 -1749, Fax: -2396
bsoe@studis.de,
<http://www.studis.de/bsoe>

Adressen der BSÖ auf einen Blick:

Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit e.V.

Stand: Juni 2003

AnsprechpartnerInnen und Arbeitskreise

Anti-Atom:

Oliver Bäseker (email Administrator)
Große Str. 33
21075 Hamburg Harburg
Tel.: 040/70104247
oliver.baesener@web.de

Alternativer Handel:

Stefan Freudenberg
Weiherstr. 12
CH - 8280 Kreuzlingen
Tel: 0041/71/6728629
stefan.freudenberg@uni-konstanz.de

Energie:

Florian Kubitz (BSÖ-Vorstand)
Sorge 27
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel: 05323/948728
Florian.Kubitz@tu-clausthal.de

Food-Coops:

Annette Hoffstiepel,
Im Mailand 131
44797 Bochum,
Tel: 0234-797831

Gentechnik/Biotechnologie:

Ulrike Bielefeld (BSÖ-Vorstand)
Alteneschstr. 13
26135 Oldenburg
Tel: 0441/16843
ulrike.bielefeld@mail.uni-oldenburg.de

Gewässer:

Nicole Feige (BSÖ-Vorstand)
Rauhehorst 153
26127 Oldenburg
0441/36161736
nicole.feige@ewetal.net

Internationales:

Sapi Ullrich
moeweberlin@yahoo.de

Internet/Webseite (NachfolgerIn gesucht):

Alex Jillich,
Baldurstr. 85
80638 München
Tel: 089/31198254
bsoe@fs.tum.de

Ökologisch Bauen (NachfolgerIn gesucht):

Holger Wolpensinger:
Ernststr.75
76131 Karlsruhe
Tel: 0721/6238440
holger.wolpensinger@sweb.de
<http://www.wrz.rz.uni-karlsruhe.de/~ln06/oekobau/>

Ökologische Mensa:

Maria Deiglmayr (BSÖ-Vorstand)
Neuburger Str. 54a
86167 Augsburg
0821/3495540
maria.deiglmayr@gmx.de

Stefan Freudenberg
siehe Alternativer Handel

Papier/Recycling:

Jan Rosenow
ASTA Universität Münster
Referat f. Ökologie
Schlossplatz 1, 48149 Münster
Tel: 02 51 / 83 22 28 0, Fax: 51 92 89
asta.oeko@uni-muenster.de
www.uni-muenster.de/asta

Reformpädagogik:

Karsten Schulz,
Goetheplatz 2
18055 Rostock
Tel: 0381/4908180
ks018@stud.uni-rostock.de

Tierrechte:

Sven Wirth
c/o JUMP
Postfach 306137, 20327 Hamburg
sven_wirth@gmx.de

Umweltbildung:

Sigrid Oberer
c/o Marcus Rabold
St-Anton-Str. 31
86316 Stätzing
pin-wand@gmx.net

Verkehr:

Oliver Stoll (BSÖ-Vorstand)
c/o RefRat HU
Unter den Linden 6, 10099 Berlin
Tel: 030/2093 - 2145 (AB-MoA)
Fax: 030/2093 - 2396
bsoe@refrat.hu-berlin.de
<http://www.mobiloehneauto.de>

Peer Wollnik
Markstr. 118, Zimmer 815
44803 Bochum
Tel: 0234/9380862
bikeone@gmx.de

Aktive

Uli Lerche, somewhere in spain
jungamsel@yahoo.de

Ehlert Engel (FUI-Verschickung),
Prinzessinweg 67,
26122 Oldenburg,
Tel: 0441/7775455,
ehlert.engel@mail.uni-oldenburg.de

Tobias Leußner (BSÖ-Vorstand)
Erzstraße 22b,
38678 Clausthal-Zellerfeld
Tel:05323/948033
Tobias.Leussner@tu-clausthal.de

Arne Brück
Ginsterweg 4
30890 Barsinghausen
Tel: 0179/7013231
arne.brueck@web.de

Arne Hilbig
Myliusstr. 25
26135 Oldenburg
0441/2489573
freieslehmhorst@aol.com

Adresse der Geschäftsstelle

BSÖ e.V.
c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Tel: 030 / 2093 -1749
Fax: 030 / 2093 - 2396 oder -1743
e-mail: bsoe@studis.de
internet: <http://www.bsoe.info>

Präsenzzeit: Freitag, 13 bis 18 Uhr
Geste-Team: Daniël, Frigga, Oli, Lorenz

Finanzen

BSÖ Finanzen
Sorge 27
38678 Clausthal-Zellerfeld

Ansprechpartner:
Florian Kubitz und Tobias Leußner

Das nächste HochschulUmweltInfo-Magazin (FUI 4/2003) erscheint zu Beginn des Wintersemesters mit:

Themen Schwerpunkt

Umweltschutz von unten !

Bringt eure Ideen auf den

Schickt eure Texte ohne Layout (nur Diskette und guten Ausdruck zum scannen, falls mal wieder Viren drauf sind!) oder per Email spätestens bis zum 5.9.03 an

BSÖ e.V. c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Tel: 030/2093 1749
@: bsoe@studis.de